



## TITELTHEMA

Unterwegs mit dem Cottbusser  
Kriminaldauerdienst:  
**„Erst warten,  
dann Kopf stehen!“**

SEITE 13

## AKTUELL

Brandenburger Polizisten  
sichern Deiche:  
**Hochwassereinsatz  
in Brandenburg**

SEITE 28

Personalüberprüfung bei der  
Brandenburger Polizei:

**Die Ciesla-Studie**

SEITE 20



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

rasanter und erfolgreicher geht es kaum. Glaubt man den zahlreichen Krimiserien, gibt es keinen Job, der sich in Punkto Spannung mit dem eines Kriminalpolizisten messen kann. Schwerste Kriminalfälle sind binnen 45 Minuten geklärt, DNA-Treffer ploppen Sekunden nach der Abfrage auf dem Bildschirm auf, Durchsuchungen bedürfen faktisch niemals eines Beschlusses. Der Kommissar pflegt natürlich in der Pathologie ein und auszugehen, Kumpelfreundschaft mit dem Gerichtsmediziner inklusive. So ist es nicht, das Kriminalistenleben, so wird es auch nie sein.

Die Fälle sind oft deutlich unspektakulärer und die Ermittlungen langwieriger. Dennoch – gäbe es einen Bereich, der den genannten Krimiserien in ihrem Kern nahe kommt, dann wäre es der Kriminaldauerdienst (KDD). Ermittler und Kriminaltechniker des KDD sind die ersten Kriminalisten am Tatort, sie führen die ersten Befragungen durch und sichern Spuren. Was sie nicht erkennen, wird später kaum mehr oder ungleich schwerer zu ermitteln sein. Wie sieht die Arbeit im KDD wirklich aus? Zwei Tage lang begleiteten wir den Kriminaldauerdienst in Cottbus. Ergänzt um einen Beitrag zur Idee des KDD und den bestehenden Herausforderungen gibt diese info110 Einblick in den Alltag eines fordernden aber auch sehr vielseitigen Bereiches.

Ebenfalls in diesem Heft: Der Historiker Dr. Burghard Ciesla untersuchte die Überprüfung der Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheit in der Polizei Brandenburg. Nach drei Jahren wissenschaftlicher Arbeit liegt nun das Ergebnis der Studie vor. Wie ging das Land Brandenburg nach 1989 mit ehemaligen MfS-Angehörigen in den Reihen der Polizei um und wie ist das damalige Verfahren mit dem Abstand von über 20 Jahren zu beurteilen? Die info110 dokumentiert in dieser Ausgabe die Zusammenfassung der Studie. Außerdem: Autor Dr. Burghard Ciesla im Interview.

Viel Spaß beim Lesen  
Ihre

Katrin Laurisch  
info110-Chefredakteurin

**Herausgeber** Ministerium des  
Innern des Landes Brandenburg

**Redaktion** Ingo Decker (verantwortl.),  
Katrin Laurisch

**Anschrift** Henning-von-Tresckow-Straße 9–13  
14467 Potsdam

Telefon: (0331) 866–2069

eMail: [info110@mi.brandenburg.de](mailto:info110@mi.brandenburg.de)  
[www.polizei.brandenburg.de/info110](http://www.polizei.brandenburg.de/info110)

**Redaktionsbeirat** Dietmar Klömich,  
Thoralf Reinhardt, Ines Filohn, Peter Salender,  
Heiko Schmidt, Mathias Ziolkowski,  
Ann Matthies, Susanne Sommer  
**Mitarbeiter dieser Ausgabe** Dr. Reinhard Mussik,  
Norbert Remus

ISSN 1430-7669

**Layout** Rosenfeld.MRDesign

**Druck** Landesvermessung und  
Geobasisinformation Brandenburg

**Fotos** Susanne Sommer, Archiv, Polizei, FHPol  
22. Jahrgang, Nr. 2/2013

Auflage 5.000

Redaktionsschluss 30.06.2013

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern  
für die in dieser Ausgabe veröffentlichten  
Beiträge. Die mit Namen versehenen Beiträge  
geben nicht in jedem Fall die Meinung der  
Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich  
das Recht der Kürzung von Beiträgen vor.

## Aus dem Inhalt



Unterwegs mit dem Kriminaldauerdienst:  
„Erst warten, dann Kopf stehen!“  
**SEITE 13**



Historiker Dr. Burghard Ciesla im Interview  
„Um Mitternacht in der Pampa“  
**SEITE 20**



Hochwasser in Brandenburg  
Deichrettung in Quitzöbel  
**SEITE 28**

### TITELTHEMA

- Der Kriminaldauerdienst** 10  
Idee – Umsetzung – Herausforderung
- „Erst warten, dann Kopf stehen!“** 13  
Unterwegs mit dem Cottbusser Kriminaldauerdienst
- „Lebensbeichten sind selten...“** 18  
BDK-Landesvorsitzender  
Riccardo Nemitz im Interview

### AKTUELL

- Die Studie** 20  
„Um Mitternacht in der Pampa“  
Der Historiker Burghard Ciesla im Interview
- „Arglistige Täuschung?“** 22  
Personalüberprüfungen bei der Polizei Brandenburg
- Extremograph Brandenburg 2013** 26  
Verfassungsschutz visualisiert Extremismus
- Tausend Kilometer im Hochwassereinsatz** 28  
oder: Deichrettung um Mitternacht
- Ein zweites Wunder von Mühlberg?** 30
- Hochwasser in Wittenberge** 31

### AUS DER POLIZEI

- Bewährte Einheitsausbildung** 32
- Polizei-Hauptpersonalrat stellt sich neu auf** 34
- Umsetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie** 35
- Hinweise beim Anhalten von Fahrzeugen** 36
- App jetzt geht's los** 38  
Entstehung der Brandenburger Polizei-App

### DIES & DAS

- Leserbriefe** 40
- Bücherecke** 41  
„Halt, Stehenbleiben! Polizei!“ / Steuerfibel für den  
Polizeibereich / Strafprozessrecht für Polizeibeamte
- Polizeifilme** 42  
In der Hitze der Nacht
- Rätsel** 43

# Pakete am Fließband

Nahezu unendliche Weiten zeigt der Blick in das Logistikcenter des Zentraldienstes der Polizei (ZDPol) in Wünsdorf. Auf einer Fläche von 1.800 m<sup>2</sup> lagern hier über 9.600 Materialien, von der Dienstmütze bis zum Sommerhalbschuh. 205 Pakete packen die Mitarbeiter des Logistikcenters jeden Tag, 3750 sind es durchschnittlich im Monat. Die Mitarbeiter im Logistikcenter bearbeiten die Bestellungen von Brandenburger und Berliner Polizisten. Auch die Justizbeamten beider Länder beziehen ihre Dienstbekleidung und Ausrüstung aus Wünsdorf.

Etwa 27.000 Kunden, wie es im elektronischen Warenhaus heißt, sind beim ZDPol gelistet. Neben 21.850 Polizisten und 4.250 Justizbeamten zählen auch 134 Behörden und Einrichtungen, vier Kommunen und 33 Ordnungsämter des Landes Brandenburg zum Kundenstamm. Und der wächst stetig.

Im vergangenen Jahr wurden 481 Erstein Kleidungen verzeichnet. Von der Bestellung der Dienstmütze bis zur Ankunft in der Dienststelle vergehen durchschnittlich zehn Tage. Etwa 14 Prozent der versandten Waren gehen Retoure.

Der ZDPol ist die zentrale Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung für den täglichen Polizeidienst und andere Bereiche der Landesverwaltung. Zum Zentraldienst gehören auch die Zentrale Bußgeldstelle, der Polizeiärztliche Dienst und der Kampfmittelbeseitigungsdienst.

■ KATRIN LAURISCH



*Blick in das Logistikcenter des Zentraldienstes, dank technischer Hilfe werden Waren bis unter das Dach gestapelt.*



*Lagerwirtschaft nach Art eines schwedischen Möbelhauses*



*Auf jeden Kopf ein Deckel – Dienstmützen sind in den gängigen Größen vorrätig.*



*Von Hand suchen Mitarbeiter im Lager die bestellten Waren zusammen.*



*An den Packtischen werden die Bestellungen überprüft und verpackt.*

## Neue Maschinen für die Potsdamer Kradstaffel



Beim Anblick dieser Motorräder geht auch dem einen oder anderen privaten Biker das Herz auf. Die Kradstaffel der Potsdamer Verkehrspolizei ist im Frühjahr mit neuen Motorrädern aus dem

Hause BMW ausgerüstet worden. Die „1200 RT“ bringt es auf 110 PS und fährt bei einem zulässigen Gesamtgewicht von knapp 500 Kilogramm bis zu 220 Kilometer pro Stunde. Neben den üblichen polizeispezifischen FEM-Accessoires und einem Navigationsgerät ist insbesondere die Bluetooth-Funkverbindung zwischen Helm und Krad als technische Neuerung zu nennen. Und natürlich sind die Kräder auch für den Digitalfunk vorgerüstet. All dies rechtfertigt den Anschaffungspreis von über 28.000 Euro pro Maschine. Na dann: Allzeit gute (und unfallfreie) Fahrt ...



## Familienfreundliche Fachhochschule



*Die Erstbewohner: Steffi Härtel aus der PI CB/SPN mit ihren beiden Kindern.*

Die Fachhochschule der Polizei in Oranienburg präsentiert sich jetzt familienfreundlich. Für das neue Eltern-Kind-Zimmer wurden Spenden gesammelt, Spielzeug eingeworben und der Pinsel geschwungen. Potenzielle Weiterbildungsteilnehmer können jetzt ihre Kinder mit nach Oranienburg bringen und müssen nicht mangels Kinderbetreuung auf ihre Lehrgänge verzichten. Die FH-Pol bietet:

- ein wunderschön eingerichtetes Eltern-Kind-Zimmer für ein Elternteil und bis zu zwei Kinder,
- einen Kindergartenplatz nur fünf Autominuten entfernt,
- Kinderstühle in der Mensa,
- einen Buddelkasten (den seltsamer Weise die Beachvolleyballer ihr Eigen nennen) und
- einen Flur im Haus, der zu Wettfahrten mit dem Bobbycar einlädt.

*Fragen beantwortet Frau Zschoche (07-641-2116) von der FHPol.*

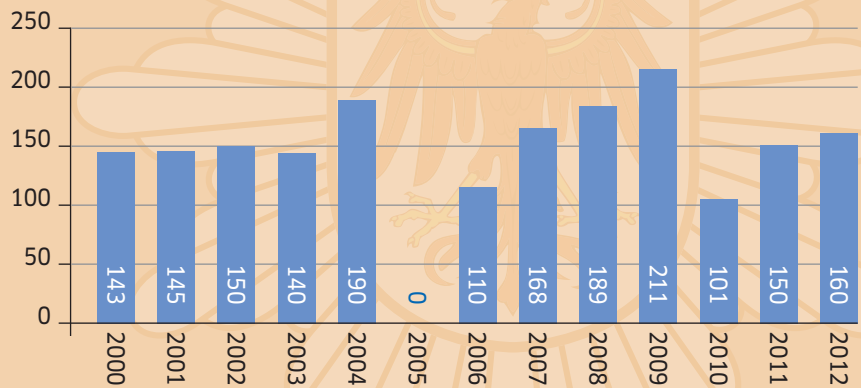
# Mehr Polizeianwärter

Mehr Neueinstellungen in der Brandenburger Verwaltung sieht das von der Landesregierung vereinbarte Besoldungs- und Beschäftigungspaket vor. Für die Polizei bedeutet die Anpassung der Ausbildungsplätze ebenfalls eine Erhöhung der Zahl der Polizeianwärter.

Bislang waren jeweils 175 Einstellungen in 2013 und 2014 geplant. Nunmehr wird die Anwärterzahl um insgesamt 130 erhöht.



**Einstellung von Polizeianwärtern 2000-2012**



## Verkehrssünder im Kleiderschrank

Vom Kleiderschrank der Mutter ins Gefängnis: Fahnder haben im thüringischen Saalfeld einen Verkehrssünder aufgespürt, der sich im Kleiderschrank seiner Mutter versteckt hatte. Der 24-Jährige hatte eine Haftstrafe von elf Monaten wegen Fahrens ohne Führerschein nicht angetreten und war deshalb mit Haftbefehl gesucht worden.

## Kilometerfresser

Die Fahrzeuge des Wach- und Wechseldienstes haben im vergangenen Jahr mehr als 16,4 Millionen Kilometer zurückgelegt. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage eines Landtagsabgeordneten hervor. Im Jahr 2011 summierten sich die Fahrten auf knapp 15,7 Millionen Kilometer. 2010 waren es fast 16 Millionen Kilometer und 2009 knapp 16,5 Millionen Kilometer, die die Beamtinnen und Beamten des Wach- und Wechseldienstes mit ihren Fahrzeugen zurücklegten.



## Anpassung bis Ende 2014

Die Umsetzung baulich-technischer Anpassungen in den Polizeidienststellen, die u. a. auch Sicherungsmaßnahmen umfassen, erfolgt schrittweise bis Ende 2014 an den einzelnen Standorten und entsprechend der örtlichen Gegebenheiten. Das geht aus Antworten der Landesregierung auf mehrere Kleine Anfragen zur Situation in den Polizeirevieren des Landes hervor.

## Digitalfunk bewährt sich

Auf dem Baumblütenfest in Werder hat er sich erneut bewährt: der BOS-Digitalfunk. Auf einem der größten deutschen Volksfeste waren mehr als 350 Einsatzkräfte im Digitalfunknetz aktiv. Die Bewältigung des enorm hohen Aufkommens von etwa 40 Gruppengesprächen pro Minute und eine kontinuierlich gute Sprachqualität unterstrichen die Leistungsfähigkeit des neuen Funksystems. Nachdem es ausgiebig auf Großveranstaltungen wie dem Baumblütenfest getestet und optimiert wurde, startet in diesem Jahr der einsatztaktische Nutzbetrieb im polizeilichen Alltag. Ende 2013 soll der Digitalfunk landesweit bei der Polizei eingeführt sein. In der nächsten Ausgabe der info110 lesen Sie mehr dazu.

## Schneller Schwimmer

Polizeikommissarsanwärter Felix Wolf ist Deutscher Meister im Schwimmen. Der Angehörige der Sportfördergruppe der Polizei Brandenburg gewann bei den 125. Deutschen Meisterschaften Ende April in Berlin über 100 Meter Rücken (00:54,93 Min.) die Goldmedaille und wurde über die doppelte Distanz Zweiter. Der 23-Jährige ist für die Weltmeisterschaften vom 19. Juli bis 4. August 2013 in der spanischen Metropole Barcelona in die deutsche Mannschaft berufen worden. Felix Wolf schwimmt seit 1996 für den Potsdamer SV, seit 2009 hält er den Deutschen Rekord über 200 Meter Rücken auf der Kurzbahn (1:50,65). Im Jahr 2012 nahm er sein Polizei-Studium auf.



## Minister wirbt für Ausbau der Kooperation mit Polen



Innenminister Dietmar Woidke dringt auf den weiteren Ausbau der Kooperation zwischen deutschen und polnischen Sicherheitsbehörden. „Die grenzüberschreitende Kriminalität in der deutsch-polnischen Grenzregion beeinträchtigt auf beiden Seiten erheblich das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Sie ist kein nationales oder nur deutsch-polnisches, sondern vielmehr ein europäisches Problem“, sagte der Minister im Mai bei der 4. Grenztagung des brandenburgischen Polizeipräsidiums im polnischen Slubice. Der Minister lobte zugleich die bisher erreichten Fortschritte in der Zusammenarbeit. Seit fünf Jahren bestehe das Gemeinsame Zentrum (GZ) in Swiecko, in 214 Fällen seien deutsche und polnische Polizisten 2012 gemeinsam im Grenzraum

auf Streife gewesen und mehr als 230 Beamte aus beiden Ländern seien seit 2006 polizeilich, sprachlich und rechtlich fortgebildet worden.

Der Minister nutzte die Gelegenheit des Treffens in Polen, um im Namen des Landes Brandenburgs um Entschuldigung für einen Fall von Selbstjustiz zu bitten. Am 13. Mai hatten Anwohner in Kremen nach dem versuchten Einbruch in ein Einfamilienhaus drei polnische Erntehelfer als angebliche Täter geschlagen und gefesselt. Die Männer waren aber unschuldig. Woidke sprach von einem „unsäglichen Vorfall“. Der Fall werde „rückhaltlos und vollständig aufgeklärt“. Die Polizei werde die Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung „mit Hochdruck vorantreiben“.

## Vierbeinige Auszubis

Elf vierbeinige Helfer bereiten sich gegenwärtig auf ihren Dienst in der Brandenburger Polizei vor. Dabei handelt es sich um Deutsche und Belgische Schäferhunde. Sie werden nach Abschluss ihrer Ausbildung die 66 voll einsatzfähigen Polizeidiensthunde unterstützen. In Brandenburg sind aktuell 16 reine Schutzhunde, 26 Fährtenhunde, 10 Sprengstoffspürhunde und 14 Rauschgiftspürhunde im Einsatz. Die Ausbildung der Nachwuchsspürnasen und der Diensthundeführer erfolgt nach einer Vereinbarung zwischen den Innenministerien von Sachsen-Anhalt und Brandenburg aus dem Jahr 2008 an der Diensthundführerschule von Sachsen-Anhalt in Bad Schmiedeberg. In den vergangenen fünf Jahren schieden 51 Diensthunde aus dem Dienst aus. 54 Diensthunde kamen im gleichen Zeitraum neu hinzu.



*Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke begrüßt den polnischen Botschafters, S.E. Dr. Jerzy Margański*

## 4.000 Euro gespendet

Insgesamt 4.000 Euro sind der Erlös der seit März laufenden Spendensammlung für die Familie des verstorbenen polnischen Polizisten, Sergeant Marcin Wiaček.

Das Geld war von Brandenburger Polizisten gesammelt worden, nachdem der 36-Jährige im März bei der Kontrolle eines gestohlenen Fahrzeuges nahe Swiebodzin getötet wurde.

Olaf Fischer, Leiter der Polizeidirektion Ost, übergab in Sulecin die Spenden an die Ehefrau von Marcin Wiaček.

## Neue Spreewald-Krimis

Fernsehzuschauer können sich auf neue Spreewald-Krimis freuen. Die Reihe des ZDF soll laut einem Bericht der „Lausitzer Rundschau“ fortgesetzt werden. Drehbuchautor Thomas Kirchner sitze bereits an den Folgen sechs und sieben. Der fünfte Teil mit dem Titel „Feuerengel“ soll im Herbst oder Winter im Zweiten gezeigt werden. Kommissar Thorsten Krüger (Christian Redl) ermittelt nach einem Hotelbrand. In der niedergebrannten „Wotschofska“ liegt eine Leiche, die Messerstiche aufweist...



WWD, Kripo, Repo, Verwaltung – es gibt fast 60 verschiedene „Berufe“ bei der Polizei. So vielfältig die Tätigkeiten sind, so verschieden sind auch die Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag aufs Neue ihren Job machen. Hier stellen wir sie vor, die Gesichter unserer Polizei.

5 Fragen an ...

## Janina Schulz

...ist in ihrem Beruf eine Exotin. Die junge Kriminaloberkommissarin ist seit acht Jahren Kriminaltechnikerin. 1998 begann die heute 34-jährige ihr Studium an der FHPol in Basdorf. Nach wenigen Jahren in den Reihen der Bereitschaftspolizei wechselte sie mit 26 Jahren zur Kriminaltechnik in Luckenwalde. Seit April 2006 ist sie Sachbearbeiterin in der Zentralen Kriminaltechnik der Direktion West. Die Mutter eines 2-jährigen Sohnes lebt mit ihrer Familie im Norden Potsdams.

### Warum sollte es die Kriminaltechnik sein?

Weil es für mich eine anspruchsvolle, abwechslungsreiche Arbeit ist, die sich stetig weiterentwickelt. Die Mittel und Methoden der Spurensuche und Sicherung sind eine Mischung aus Althergebrachtem und neuesten Erkenntnissen aus Wissenschaft und Technik. Ich muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um eine optimale Qualität meiner Arbeit zu gewährleisten, was natürlich auch ein hohes Maß an Engagement von mir verlangt.

### Gab es einen dienstlichen Erfolg auf den Sie besonders stolz sind, sozusagen das schönste Erlebnis?

An einem bestimmten Erlebnis kann man das gar nicht so festmachen. Ich finde es immer wieder spannend, wie sich das Puzzle aus Beweisen im Verfahren zu einem großen Ganzen zusammensetzen lässt. Mit der Sicherung der objektiven Beweise am Tatort stehen die Chancen für eine Verurteilung des Täters wesentlich höher als ohne diese.

### Und das Schlimmste - was ging Ihnen nicht aus dem Sinn?

In der Erinnerung setzen sich so einige Dinge im Laufe der Zeit fest, aber eine Wertung kann ich da nicht abgeben. Manchmal ist es kaum fassbar, zu welchen Handlungen die Täter fähig sind. Bei anderen Ereignissen kann man sich nicht vorstellen, dass manche Menschen so isoliert leben, dass ihr Tod niemandem auffällt. Besonders belastend sind natürlich auch Ereignisse, bei denen Kinder Opfer geworden sind.



### Was würden Sie in der Polizei, vielleicht auch nur in Ihrem Bereich, verändern?

Im Bereich der Kriminaltechnik würde ich aufgrund der Einsatzbelastung (Schichtdienst und Rufbereitschaften) und der großen emotionalen Belastung insbesondere durch eine Vielzahl von Todesermittlungen mehr Personal einsetzen. Allerdings denke ich auch, dass die Spurenbearbeitung bei Erkenntnissen zu Tätergruppen in den Zuständigkeitsbereich der Zentralen Kriminaltechnik fallen sollte, um eine Führung komplexer Verfahren zu gewährleisten.

### Was schätzen Sie an Ihrem Beruf am meisten?

Die Herausforderung, die Verantwortung für meine Arbeit und die Gewissheit, dass dieses Sachgebiet nicht stagniert, sondern am Puls der Zeit bleibt. Und am Ende natürlich auch der Fakt, dass ich mit der Sicherung der objektiven Beweise maßgeblich zur Verurteilung eines Täters beitragen kann.

# Der Kriminaldauerdienst

Der Kriminaldauerdienst (KDD) wurde mit der Strukturreform landesweit eingeführt und besteht damit seit fast zwei Jahren. Will man ein erstes vorläufiges Resümee ziehen, sollte man sich zunächst die Situation in den damaligen Kriminalpolizeien der Schutzbereiche vor Augen führen.

## Vor der Strukturreform

Es gab 14 verschiedene Rufbereitschaftssysteme. Das wachsende Problem dieser Systeme lässt sich am besten nebenstehendem Kreislauf entnehmen:

Zuletzt waren besonders die kleineren Kriminalpolizeien kaum mehr in der Lage, die zu planenden Dienste durch fachkundige Beamte/innen zu besetzen. Dienstpläne verkamen zur Flickschusterei und wiesen eine Halbwertszeit von manchmal nur einem Wochenende auf.

Es galt nicht länger das Prinzip: „So viel Kripo wie nötig“, sondern nur noch: „So viel Kripo (wenn) möglich.“

Der Einsatzwert der dort tätigen Beamtinnen und Beamten variierte je nach beruflicher Vorerfahrung und sonstiger Tätigkeit in der Allgemeinen Aufbauorganisation (AAO) stark. So hing die Qualität des „Ersten Angriffs“ vom Dienstplan und den Fähigkeiten der Dienstgruppenleitung ab. Wiederholt mussten die Beamten/innen des Wach- und Wechseldienstes (WWD) sogar hochwertige Tatorte ohne Unterstützung der Kripo bearbeiten.

Es ging jedoch auch anders. Mit der Kriminalwache im damaligen Schutzbereich Cottbus/Spree-Neiße hatte man sehr positive Erfahrungen damit gemacht, einen festen Stamm an Mitarbeitern rund um die Uhr für den „Ersten Angriff“ einzusetzen. Die Kriminalwache fungierte als verlässliche Stütze in Richtung des WWD, der Kripo als auch der Staatsanwaltschaft. Dies überzeugte.

## Der KDD und die Reform

Das Modell „Kriminalwache“ mit seinen Vorteilen gegenüber den Rufbereitschaftssystemen sollte daher innerhalb der neuen Struktur präsidialweit zum Einsatz kommen. Im Abschlussbericht des Aufbaustabes steht:

Zur Gewährleistung des kriminalpolizeilichen Ersten Angriffs in Fällen ab der mittleren Kriminalität wird in der Polizeidirektion das Kriminalkommissariat „Kriminaldauerdienst/Allgemeine Kriminaltechnik“ eingerichtet.



### KDD bedeutet:

Effektivere Strafverfolgung und Verbrechensbekämpfung durch:

- „Erster Angriff“ auf **konstant hohem** Niveau
- Ausbildung von „Spezialisten“ für die Kripo
- Höhere Mitarbeiterverträglichkeit
- Reduzierung/Beseitigung von Rufbereitschaftssystemen
- Entlastung des WWD bei Tatorten der mittleren bzw. schweren Kriminalität
- Entlastung der Kriminalkommissariate in den Polizeiinspektionen (KKI) von ad-hoc-Einsätzen

Hierzu Bettina Groß, Leiterin der Polizeiinspektion Cottbus/Spree-Neiße:

„Was sich in der Theorie so einfach anhörte, musste in der neuen Struktur in die Praxis umgesetzt werden. In der PD Süd gab es durch die Arbeit der Kriminalwache im Altschutzbereich Cottbus/Spree-Neiße schon gute Erfahrungen. Die DGL, die Beamten des KKI sowie des KDD am Standort Cottbus mussten diese Erfahrungen jetzt in der neuen Struktur mit Leben füllen. Dies bedeutet miteinander Entscheidungen zu treffen, schwierige Lagen zu bewältigen aber auch die Probleme und Zwänge des Anderen zu akzeptieren. Ich kann sagen: Gut, dass es den KDD gibt. Dadurch werden viele Ermittlungen beschleunigt. Es werden z. B. Vernehmungen schon in der Nachtzeit durchgeführt, schon am Morgen können darauf strafprozessuale Maßnahmen gestützt werden. Nicht alles ist schon so eingespielt, dass man es nicht noch besser machen kann, aber gemeinsam und im Gespräch werden wir auch dies schaffen.“

## Mitarbeiterstimmen



**Stefanie Thomas, KDD PD Ost**

„Wir arbeiten in einem riesigen Bereich, Hand in Hand mit dem Wach- und Wechseldienst und natürlich auch über die Teams im KDD hinaus. Wir alle sind engagiert und stellen uns jeden Tag den immer wieder wechselnden Aufgaben in der ganzen PD Ost. Wer teamfähig und kommunikativ ist, Leistungsbereitschaft mitbringt und gerne Auto fährt, wird sich hier wohlfühlen, so wie wir.“



**Indra Mohr, KDD PD Nord**

„Nach nun 3 ½ Monaten kann ich nur Positives berichten. Ich versehe meinen Dienst zwar nach wie vor in Schichten (Früh, Spät, Nacht), jedoch arbeiten wir im gleichbleibenden Schichtsystem. Für mich ist dies im Vergleich zur flexiblen Arbeitszeit im Pool des WWD ein großer Vorteil. Ich weiß genau, wann ich wie arbeiten muss und kann mein Familienleben danach ausrichten und planen.“

„Unser festes Team, bestehend aus drei KDD- und einer KT- Beamtin, ist zudem sehr angenehm und die Zusammenarbeit nahezu perfekt. Man lernt sich kennen und weiß, worauf man vertrauen kann. Absprachen erfolgen oft ohne große Worte, man versteht sich eben. Jeder kennt den anderen und somit wisse seine Schwächen und Stärken. Eine eventuell notwendige Auswertung von Einsätzen findet ohne Umschweife und direkt statt. Gedanken und Anregungen können angesprochen und wenn nötig umgesetzt werden. Das ist für mich persönlich einer der größten Vorteile beim KDD. Schlussendlich kann ich für mich sagen, dass es eine sehr gute Entscheidung war, zum KDD zu wechseln.“

Klar war, dass man die K-Wache nicht eins zu eins auf das gesamte Land Brandenburg umlegen konnte. Die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in der Mitarbeiterschaft, die Kriminalitätsverteilung, die abzudeckende Fläche und nicht zuletzt auch die Bewerberlage vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen mit den Rufbereitschaftssystemen vereitelten „die eine Musterlösung“. All das zwang zu individuellen Ansätzen innerhalb eines groben Gestaltungsrahmens.

Beispielsweise schließen die durch Sachbearbeiter/innen der KKI zu besetzenden Präsenzdienste in einigen Polizeiinspektionen die Lücke an KDD-Kräften in Spitzenzeiten. Anders als bei den vorherigen Rufbereitschaftssystemen sieht der Präsenzdienst jedoch den Dienst auf der Dienststelle vor.

**Jörg Hennig, Leiter KKI Brandenburg**  
*„Angenehmer Nebeneffekt für die Mitarbeiter der KKI: keine Rufbereitschaft mehr und Planungssicherheit in der täglichen Sachbearbeitung. Mit wachsender Konstanz im KDD verbesserte sich auch die Qualität des Auswertungsangriffes. Gegenseitige Unterstützung von KDD und KKI bei der Bewältigung von Sofortlagen oder Einsatzhäufungen prägen die Arbeit am Standort Brandenburg an der Havel. Sicher wird es immer wieder Probleme geben. Fehlt Personal, kann nicht jeder Einsatz optimal ablaufen, aber der Weg ist richtig.“*

Nicht Alles ist schon perfekt, doch die anvisierten Effekte sind spürbar.

**Hierzu der Leiter der Polizeiinspektion Potsdam, Maik Toppel:**

„Die Einführung eines Kriminaldauerdienstes war überfällig und die richtige Entscheidung.“

Er sollte, neben Entlastung der Mitarbeiter des Wach- und Wechseldienstes und der KKI, vor allem zu einer höheren Qualität des Ersten Angriffes führen. Die gewünschten Effekte sind durchaus eingetreten, auch wenn es Optimierungsbedarf gibt. Die Zusammen-

arbeit entwickelt sich zunehmend positiv. Leider konnte noch nicht jeder von der Arbeit im KDD überzeugt werden, sodass es noch am festen Team fehlt. Möglich, dass eine noch konstanter Führung vor Ort hier den letzten Schub gibt.“

## Der KDD aus Mitarbeitersicht

Wie bereits bei ZENTRAB I und II sollte auch die Tätigkeit im KDD mitarbeiterorientiert ausgerichtet sein. Die für ein erfolgreiches Arbeiten notwendigen Faktoren Fähigkeit, Fachwissen und Motivation, stehen bei der Gestaltung des KDD stets im Mittelpunkt. Denn die Qualität der Arbeit des KDD hängt entscheidend von den dort tätigen Mitarbeitern und den Rahmenbedingungen für ihren Einsatz ab. Der KDD ist nicht für jeden Polizeibeamten die richtige Wahl.

### Die Tätigkeit im KDD kennzeichnet:

- „Erster Angriff“ bei Straftaten der mittleren bis schweren Kriminalität
- Schichtdienst „Rund um die Uhr“
- Hoher Außendienstanteil
- Hohe Eigenverantwortung
- Breite kriminalistische und kriminaltechnische Kenntnisse nötig
- Schichtdienst mit durchschnittlich zusätzlichen circa 120 Euro in der „Lohntüte“
- Hoher Weiterbildungsanteil
- Planbare Arbeitszeiten

## Herausforderung

Nicht alle Ziele sind bereits vollständig erreicht.

Die Gewinnung eines festen Stammes an Mitarbeitern ist nicht an jedem KDD-Standort vollständig abgeschlossen. Die Vielzahl an Todesermittlungssachen, die innerhalb einer Schicht abzuarbeiten sein können, stellt einen bislang in dieser Art kaum bekannten Belastungsfaktor dar. Die Grenzen der eigenen psychischen Belastbarkeit zu erkennen und entsprechende Warnhinweise auch zu deuten, ist eine neue Herausforderung für sämtliche Mitglieder des KDD und der allgemeinen Kriminaltechnik. Die teils erforderliche Führung aus der Distanz erfordert ebenfalls ein Umdenken auf sämtlichen Funktionsebenen.



**Jens Bergmann, Leiter KDD PD Ost**

„Führen aus der Distanz ist einfach und erfolgreich, wenn die Mitarbeiter selbst gestalten können, eigene Ideen berücksichtigt werden und persönliche Nähe nicht verloren geht. Dazu gehört es, diese Kollegen einzubeziehen und regelmäßigen Kontakt zu halten. Eine offene Kommunikation und Information ist dafür die Grundlage. Der Kriminaldauerdienst ist ein großer Gewinn für die Polizei. Diese Entscheidung war richtig. Ich verstehe den Kriminaldauerdienst als operative Einsatz Einheit zur Sicherung einer hochwertigen Strafverfolgung.“



**Torsten Wagner, Leiter KD KDD/Allgemeine Kriminaltechnik PD Nord**

„Den Ersten Angriff in hoher Qualität sicherzustellen, erfordert eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung der

Mitarbeiter. Maßstab für die Qualität ist die Zufriedenheit der Sachbearbeitung und der Staatsanwaltschaft(en). Es gilt Standards einzuhalten und auch weiter zu entwickeln. Dieser Prozess umfasst die Auswertung von Einsatzen und Einsatzbelastungen. Wichtigster Baustein ist und bleibt die vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit mit dem Wach- und Wechseldienst, ganz besonders mit den Dienstgruppenleitern.

Die Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben setzt eine gewisse materiell-technische Ausstattung voraus. Hier muss zunächst die Grundausrüstung komplettiert werden, vorrangig im Bereich Arbeitsschutz. Eineinhalb Jahre nach Einrichtung des KDD/AKT herrscht diesbezüglich ein kaum zu erklärender Mangel.

In den festen Teams des KDD ist eine große Kollegialität wahrzunehmen. Der Kriminaldauerdienst hat sich in der Direktion Nord bewährt. Das ist in größtem Maße – besonders in der Startphase – der Motivation, Eigenständigkeit, fachlichen Kompetenz und Initiative der Mitarbeiter im KDD zu verdanken.“



**Melanie Rink, Wachdienstführerin PI Potsdam**

„Der KDD ist zu einem wichtigen Einsatzmittel der polizeilichen Arbeit geworden und nicht mehr wegzudenken. Jedoch sind oft zu lange Wege die Regel. Wege des Erklärens und Erläuterns, um den KDD einsetzen zu können, kosten Zeit. Oft dauert es dann entsprechend lange, bis der KDD am Tatort eintrifft. An der Effektivität und dem Zeitmanagement kann noch gearbeitet werden. Ich würde es gut finden, wenn Informationen auch vom KDD an den DGL/WDF zurückgegeben werden. Wünschenswert ist, dass die Kollegen mit mobilen Arbeitsplatzcomputer ausgestattet werden, das wäre ein Zeitersparnis und Arbeitserleichterung.“

## KDD und Kriminalpolizei

Dem KDD kommt im Verbund mit den Kolleginnen und Kollegen der Allgemeinen Kriminaltechnik (AKT), auch im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit und die Arbeitsbedingungen in den Ermittlungskommissariaten, die Schlüsselrolle zu. Die Beamtinnen und Beamten im KDD sind bzw. werden kriminaltechnisch auf ein hohes Fachniveau gebracht. Sie ergänzen und unterstützen die Fachleute der AKT. So wird die Spurenaufbereitung und Auswertung mit den Fachbeamten der Kriminaltechnik verstärkt.

Der KDD ist nicht zuletzt die Ausbildungsstelle künftiger Kriminalisten für die Praxis. Dem Nachwuchs an Kriminalpolizisten bietet die Mitarbeit im KDD von Beginn an das breiteste Angebot an Ermittlungsverfahren und -methoden. Die Zusammenarbeit beim „Ersten Angriff“ im Verbund mit der Kriminaltechnik, dem Dezernat Schwere Kriminalität, dem WWD und der Staatsanwaltschaft ist dort in einer Intensität zu betreiben, die es einem erst ermöglicht, die notwendige Routine und Fachlichkeit für andere herausfordernde Aufgaben in der Kriminalpolizei zu entwickeln.



**Carsten Hildebrandt, Kriminaltechniker im KDD PD Nord:**

„Ich freue mich, dass der KDD bereits nach so kurzer Zeit zu einer festen Größe in der Polizei des Landes Brandenburg geworden ist. Aufgrund der zahlreichen Einsätze konnte ich im KDD Erfahrungen sammeln, und somit die Qualität und Quantität bei der Tatortarbeit ständig verbessern. Nach den vielen Jahren als Kriminaltechniker habe ich es zu keiner Zeit bereut, diesen Schritt gegangen zu sein. Meine Arbeit ist interessant und vielseitig.“

Das Kapitel KDD ist noch nicht zu Ende geschrieben. Es fängt jedoch vielversprechend an.

■ ANDREAS DINGELSTADT  
KRIMINALOBERRAT,  
AMT. LEITER K-DIREKTION, PD WEST



# „Erst warten, dann Kopf stehen!“

Unterwegs mit dem Cottbusser Kriminaldauerdienst

Wie sieht die Arbeit im Kriminaldauerdienst (KDD) genau aus? Wann rücken die Kriminalisten aus und was ist ihre Aufgabe am Tatort? Zwei Tage begleite ich drei Beamte des KDD in der Polizeidirektion Süd. Ein spannender Blick hinter die Kulissen der Kripoarbeit, die mit bekannten Klischees der TV-Serien nur wenig gemein hat.



Kaffeerunde: Wolfgang Rothmann (li.), Michael Seidel (M.) und Andrei Partzsch

Zu kollegialer Zeit, um neun Uhr morgens, empfängt mich Kriminalhauptkommissar (KHK) Schuldt in seinem Dienstzimmer. Gerald Schuldt ist Leiter des Kommissariates „Kriminaldauerdienst (KDD)/allgemeine Kriminaltechnik“ in der Polizeidirektion Süd. Fast idyllisch ist es in seinem kleinen Büro, hinter ihm auf dem Dach des Direktionsneubaus blüht der Schnitlauch. Mit dem Blument Teppich im Rücken erzählt mir Schuldt vom seiner Zeit in Afghanistan. Die Bilder an den Wänden und seine Erzählungen lassen keinen Zweifel, Schuldt ist ein Kriminalpolizist, den so leicht nichts aus der Fassung bringt. Nun aber ist Schuldt Chef eines 62-köpfigen Kommissariates, dem KDD. Bei Delikten der mittleren und schweren Kriminalität sowie bei Todesermittlungen und Vermissten-sachen mit qualifizierter Gefahrenprognose – so heißt es in der Konzeption – kommt der Kriminaldauerdienst der Direktion zum Einsatz.

Zwei Türen weiter sitzen Michael Seidel und Wolfgang Rothmann. Beide sind Ermittler des Kriminaldauerdienstes der Polizeidirektion Süd. Als ich entspannt im Büro aufschlage, haben die Zwei schon fast vier Stunden Dienst hinter sich.

An ihre Fersen werde ich mich heften. So zumindest der Plan, denn als ich zu ihnen stoße, ist es erst einmal ruhig. So ruhig, dass ich an diesem Tag nicht viel mehr sehen werde als die Teeküche des KDD, in die wir uns mit einer Tasse Kaffee setzen. Rothmann ist Polizeihauptkommissar (53) und war bis vor einem guten Jahr Dienstgruppenleiter in Finsterwalde. Polizist mit

Leib und Seele, das merkt man. Er soll schon bald den KDD in Finsterwalde unterstützen. Denn in der erst wenige Wochen zuvor eröffneten Außenstelle ist Not am Mann. Was das für den Rest der Mannschaft bedeutet, wird sich am nächsten Tag deutlich zeigen. Kollege Michael Seidel (44) ist Kriminalobermeister und gewissermaßen Kripo-Urgestein. Von Kfz- bis Jugendkriminalität hat er schon fast alles gemacht. Schrankgroß und kühler Blick – also wirklich, solche Typen kenn ich sonst nur aus Krimiserien. In den kleinen, aber feinen Büros suche ich nach einem Kriminaltechniker. Denn so funktioniert Kriminaldauerdienst:

#### Die Eindrücke sind frisch, die Spuren ebenso

Ermittler und Kriminaltechniker bilden ein Team. Am Einsatzort führen sie gemeinsam den ersten Angriff durch. Heißt also, sie sichern Spuren und führen die ersten Vernehmungen. Das alles möglichst rasch nachdem der Fall bekannt wurde. Die Eindrücke sind frisch, die Spuren ebenso. Ein guter erster Angriff ist die Basis für alle weiteren Ermittlungen. In Cottbus sitzt die Kriminaltechnik zurzeit aber noch in einem anderen Haus. Das wird sich hoffentlich bald ändern. Der Zusammenarbeit schaden die getrennten Standorte indes nicht. Optimal ist die Distanz aber auch nicht.

Die Direktion Süd ist groß, 180 Kilometer Nord-Süd-Ausdehnung. Nur 40 Kilometer weniger sind es von West nach Ost. Im Klartext: als KDD'ler reist man viel. Der Dauerdienst in Cottbus hat in Königs Wusterhausen und

Finsterwalde Außenstellen. Zusätzlich sitzen Kriminaltechniker auch an drei weiteren Orten in der Direktion. Als „logische Konsequenz“ bezeichnet Schuldt die Aufteilung seiner Mannschaft über die Fläche der gesamten Direktion. „30 Minuten und dann sind wir da!“ sagt der Kriminalhauptkommissar.

#### Für diesen Tag bleibt es beim Warten

Mit 62 Beamten ist der KDD das größte Kommissariat in der Polizeidirektion Süd. „Eine Binnenstruktur muss her!“, sagt Gerald Schuldt und erzählt, dass er aktuell 150 Personalvorgänge auf dem Tisch hat. Er braucht dringende Verantwortliche in den Außenstellen. An diesem Tag reden wir viel. Mir fällt das Warten auf den nächsten Fall schon nach zwei Stunden schwer. So sei das immer, meint Seidel: „Erst warten, dann Kopf stehen“.

Für diesen Tag bleibt es beim Warten. Als zwei Kolleginnen die Spätschicht antreten, gibt es nur wenig zu berichten. Die Ermittler wollen mich anrufen, wenn über Nacht etwas Spannendes passiert. Tun sie aber nicht, zumindest will man mir eine recht weite Fahrt nach Finsterwalde ersparen, wo ein junger Mann eine Erpressung anzeigt, und das Telefon klingelt nicht.

#### Rothmann sortiert derweil noch die Zeugen

Als ich am nächsten Morgen bei den Kollegen ankomme, ist Rothmann schon weg. „Vor zehn Minuten raus“, halt es mir aus dem Koordinatorenbüro



Trümmerfeld: Das Büro der Kita-Leitung gleicht einem Steinbruch

ro zu. Ein Einsatzprotokoll segelt ohne große Worte hinterher. Dem Blatt entnehme ich: Rothmann ist auf dem Weg in eine Kita, etwa zehn Kilometer von Cottbus entfernt. Dort wurde eingebrochen. Naja, denke ich, irgendwie hätte ich mir fast etwas Spannenderes gewünscht, mache mich aber dennoch auf den Weg.

Nach 15 Minuten bin ich am Ziel und stehe vor einem gepflegten, bunt verputzten Gebäude, Marke Zweckbau. Freundlich und sauber sieht es hier aus. Als ich den Flur des Hauses betrete bin ich aber doch überrascht. Staub und loses Mauerwerk liegen auf der Treppe und im Obergeschoss erspäre ich eine herausgebrochene Türzarge. Auf der Treppe finde ich Kriminalhauptmeister Hans-Peter Lück. Er ist der Kriminaltechniker und bereits schwer beschäftigt. Den Treppenaufgang zur oberen Etage und zum Büro der Kita-Leiterin hat er mit Flatterband abgesperrt. Gerade sucht er nach brauchbaren Spuren am Treppengeländer. Rothmann sortiert derweil noch die Zeugen. Als ich bei ihm bin, ist zumindest schon mal klar, wer tags zuvor zuletzt im Haus war und wer die Polizei gerufen hat. Sechs Erzieherinnen zähle ich. Es ist gar nicht so leicht zu ordnen, wer jetzt gleich befragt werden sollte. Und alle sind geschockt, es ist bereits der vierte Einbruch im Haus. Diesmal aber ist es besonders schlimm. Als ich es ganz vorsichtig und auf Zehenspitzen, um keine Spuren zu vernichten, bis ins aufgebrochene Büro geschafft habe, wird mir etwas mulmig. In dem winzigen Büro sieht es aus, als hätte ei-

ne Abrissbirne einmal quer durch den Raum geschwenkt. Beton und Putz türmen sich bis unter das Fensterbrett. Wo zuvor ein kleiner Tresor in der Wand verankert war sieht man nur noch Geröll. „Wie geht denn so etwas“, frage ich mich und solidarisiere mich sofort mit dem Kita-Personal.

### „Das ist eine Dakty vom Täter, da bin ich sicher“

Hans-Peter Lück ist gerade dabei, Fingerspuren am oberen Türrahmen zu sichern. Das kann er bequem im Nachbarflur tun, denn die Täter haben die Tür samt Rahmen aus der Wand gerissen. Aus seinem KT-Koffer nimmt er Rußpulver und bestäubt das Holz, Fingerspuren werden sichtbar. „Das ist eine Dakty vom Täter, da bin ich sicher“ sagt er in meine Richtung. „Bis zur Türklinke sind es die der Kinder und des Personals, aber hier“, und er deutet auf eine Stelle am oberen Rand des Holzes, „fasst man eher selten an“. Während Lück pinselt, Folien klebt und Spurenläufer beschriftet kommt die Kita-Chefin an. Sie sieht mich, bleibt kurz stehen und stellt eher fest, als dass sie fragt: „Etwa schon wieder eingebrochen“. Ich nicke betroffen und finde den Fall irgendwie gar nicht mehr so banal wie noch auf der Hinfahrt.

Rothmann nimmt die Frau in Empfang und zeigt ihr kurz das Büro. Sie schüttelt beim Anblick des Trümmerfeldes nur noch den Kopf. „Jetzt setzen Sie sich erstmal und wenn Sie den ersten Schock verdaut haben, reden wir kurz miteinander“ sagt der Ermittler. Aber die Frau ist hart im Nehmen

und hat sich schon nach kurzer Zeit gefangen. Die Kolleginnen klopfen ihr freundschaftlich auf die Schulter, wahrscheinlich weil sie wissen, welche Aktenberge und Absprachen nun wieder auf ihre Chefin zukommen.

### Befragung an Ort und Stelle

Wolfgang Rothmann sucht sich einen etwas ruhigeren Platz. Befragung an Ort und Stelle, so schnell wie möglich, das ist Aufgabe des KDD und so findet sich der Polizeihauptkommissar auf einem etwa 30 Zentimeter hohen Kinderstühlchen wieder. Seine Knie bekommt er freilich nicht unter den nur wenig höheren Tisch. Dort befragt er die Frau. Es stellt sich heraus, dass erst am Vortag das Essengeld für alle 140 Kinder der Einrichtung eingesammelt wurde, etwa 2.000 Euro. Das Geld lag im Tresor. Das kommt selbst mir irgendwie komisch vor. Rothmann lässt sich die ungefähre Größe des Tresors beschreiben und fragt nach denkbaren Verdächtigen. Zeitgleich misst Lück jede Werkzeugspur aus, die er finden kann.

Rothmann dokumentiert seine Befragung auf einem Block. Einen Laptop hat er nicht, er wird später im Büro alles noch einmal abschreiben. Das scheint noch eine Weile zu dauern und so entschlief ich mich zur Rückfahrt. Beim Verlassen der Kita legt sich mir die Sache irgendwie aufs Gemüt. Vor mir bunte Kinderräder, lustig im Wind wackelnde Wimpel und tobende, bestens gelaunte Kinder. Die Erzieher schieben alle kleinen Ankömmlinge so unaufgeregt wie möglich in den Garten. Hinter mir die verwüsteten Räume und die geschockten Frauen. Wie die Kollegen im Streifendienst auch, erleben die KDD'ler die unmittelbaren und damit ungedämpften Emotionen der Betroffenen. Das ist auf die Dauer kein leichtes Brot.

### Etwa zwölf Einsätze des KDD täglich

Auf dem Rückweg nach Cottbus lasse ich mir etwas Zeit. Genau die hat Michael Seidel nicht, er ist schon auf Achse, unterwegs nach Finsterwalde. Ich werde ihn an diesem Tag nicht mehr sehen. Ein etwas verworrener Sachverhalt hat sich in der Nacht aufgetan. Der KDD-Ermittler in Finsterwalde hatte zur Nachtzeit die erste Befragung eines 26-jährigen Mannes übernommen. Der hatte der Polizei zuvor mitgeteilt, dass er seit Wochen erpresst wird. Nach der



Spurensucher: Kriminaltechniker Hans-Peter Lück sucht und sichert Fingerspuren

ersten Vernehmung des Opfers ist zumindest schon mal klar, dass entfernte Bekannte des 26-Jährigen die Tatverdächtigen sind.

„Die waren schnell zu ermitteln, hier lies die mal“, sagt Andrei Partzsch und hält mir das Vernehmungsprotokoll hin. Partzsch war schon am Vortag dabei, er ist Koordinator des KDD. Eine Stelle die es als solche nicht gibt. Bei durchschnittlich sechs bis acht Kollegen pro Schicht, verteilt auf drei KDD- Standorte, etwa zwölf Einsätzen des KDD täglich und unzähligen Telefonaten mit Kollegen und Staatsanwälten muss jemand die Übersicht behalten. „Micha musste los, zur Nachvernehmung. Die Zeit drängt, ne' Waffe war im Spiel“, sagt Kriminalkommissar Partzsch. War es eine scharfe Waffe? Kann die Identität der Tatverdächtigen zweifelsfrei geklärt werden? Durchsuchung? Festnahme? Haftbefehl?

### Seidel fährt gerade 80 Kilometer durchs Land

Das muss jetzt alles geklärt werden und deshalb fährt Seidel gerade 80 Kilometer durchs Land, eine Tour. Bevor ich fragen kann, klärt mich Partzsch auf. In Finsterwalde ist die Frühschicht des KDD heute nicht besetzt. Keiner da also, der die Vernehmung aus der Nacht weiterführen und erste Maßnahmen „anstoßen“ kann. Rothmann ärgert sich, hätte Seidel den Kita-Einbruch „angearbeitet“, wäre er nach Finsterwalde gefahren. Dann hätte Seidel pünktlich Feierabend gehabt und er wäre nach Ende der Arbeit zumindest schon zuhause in Finsterwalde gewesen. So bleibt er in Cottbus, hinterherfahren und unterstützen kann er nicht. „Wir können Cottbus nicht nachig machen“, sagt er und meint, dass ein Kollege in Cottbus die Stellung halten muss.

### Feiertage und Nächte inklusive

Kriminaldauerdienst heißt Dienst im Wechselschichtsystem. Feiertage und Nächte inklusive. Weite Fahrten und Überstunden ebenso, denn mit Schichtende Feierabend machen geht natürlich nicht, wenn eine Durchsuchung oder die erste wichtige Befragung ansteht. Kriminalobermeister Seidel ist an diesem Tag 16:15 Uhr wieder auf der Dienststelle, fast drei Stunden nach seinem regulären Feierabend. Polizeiarbeit ist eben so, das wissen die Kollegen. Ich höre kein Murren.



Profis: Mitarbeiterinnen der Pathologie helfen Rothmann und Partzsch

Von schwerer Körperverletzung bis Einbruchdiebstahl, die ersten Maßnahmen führt in diesen Fällen fast immer der KDD durch. Die ganze Palette also. Damit ist der Kriminaldauerdienst nicht nur für Kripo-Neulinge besonders interessant. So viele unterschiedliche Fälle werden nur hier bearbeitet.

Während Seidel also in Finsterwalde ermittelt, ist Rothmann noch immer in der Kita beschäftigt. Er und Lück haben inzwischen das Betongeröll in Baumeistermanier abgetragen und aus dem Minibüro geschleppt. Die schwere Arbeit lohnt sich, denn die Täter haben einen nicht unbeträchtlichen Teil ihres Werkzeuges unter dem Schutt vergessen. Das freut die Kriminalisten, ist doch die Chance, hier gute Spuren der Einbrecher zu finden, besonders hoch. Der Kriminaltechniker wird noch eine Zeit lang beschäftigt sein, Rothmann hat alle Befragungen abgeschlossen. Um alles zu Papier zu bringen, kommt er zurück ins Büro. Noch bevor er ankommt, klingelt das Telefon. Einsatzanlass: „Tod unnatürlich“. Nüchternes Polizeideutsch. Ich zucke zusammen.

### „Todesermittlungssachen“ landen zuerst beim Kriminaldauerdienst

Jeder Tote, bei dem der hinzugezogene Arzt den „nicht natürlichen Tod“ oder eine „nicht aufgeklärte Todesart“ feststellt und dies mit einem kleinen Kreuz auf dem Totenschein attestiert, wird vom Kriminaldauerdienst untersucht. Alle „Todesermittlungssachen“ landen zuerst beim Kriminaldauerdienst. Und das ist deutlich öfter der Fall als zu vermuten ist. Vom Freitod bis zum nicht identifizierbaren Leichnam ist alles da-

bei, aber auch Patienten die im Krankenhaus versterben, deren Tod aber augenscheinlich nichts mit der zuvor diagnostizierten Krankheit zu tun hatte. So auch an diesem Tag. Eine 80-jährige Frau ist Tage nach einem Treppensturz im Krankenhaus verstorben. Um auszuschließen, dass die Seniorin durch Dritte aus dem Leben schied, muss nun der Kriminaldauerdienst eine Leichenbesichtigung vornehmen, Ärzte und Schwestern auf der Station befragen und alle Erkenntnisse dokumentieren. Bevor nicht alle Umstände geklärt sind, gibt die Staatsanwaltschaft den Leichnam der Frau nicht frei.

### Was an die Nieren geht, sind die Geschichten drumherum

587 Todesermittlungssachen wurden im Vorjahr in der PD Süd bearbeitet. Professionell und routiniert sind die Kollegen. Was dennoch nicht wegzudrücken ist, sind die vielen Toten, mit denen die Ermittler nahezu täglich konfrontiert sind. „Daran gewöhnt man sich, was an die Nieren geht, sind die Geschichten drum herum“, hatte Seidel bei einem Kaffee am Vortag zu dem Thema gesagt. Der Austausch mit den Kollegen, und mag er noch so kurz sein, macht es offenbar leichter.

Pragmatisch wie die Kollegen sind, nehmen sie mich mit in die Pathologie. Ich habe ja einen Fotoapparat dabei, da kann ich doch auch die Bilder machen, die später für die Akte nötig sind. Kriminaltechniker Lück kann so in Ruhe seine Arbeit in der Kita beenden. Diesmal übernimmt Andrei Partzsch. Als wir uns gerade auf den Weg ins Klinikum machen wollen, kommt Roth-



mann an. Er begleitet uns, gemeinsam geht es schneller. „Einer in die Pathologie, einer auf Station“, sagt Partzsch auf dem Weg zum Auto. Die Arbeitsaufteilung ist in einem Satz besprochen. Gerald Schuldt, rennt uns noch kurz über den Weg. „Herrliches Wetter zum Sterben, und donnerstags sowieso“, sagt er mit aufbauendem Lächeln. Im letzten Jahr wurde die Einsatzbelastung des KDD der Direktion Süd überprüft: Montags und donnerstags gibt es die meisten Einsätze für die Kollegen.

### Nichts lässt auf die „Einwirkung Dritter“ schließen

Im Klinikum angekommen stelle ich erleichtert fest, dass die Pathologie in ein ganz neues Gebäude umgezogen ist. Aus dem Praktikum kenne ich noch den dunklen Altbau mit entsprechend schlechter Belüftung. Hier nun sieht es aus, wie es in einem Krankenhaus nun mal aussieht: Lange Flure, viele Türen. Zielsicher steuert Partzsch auf eine Schwingtür zu und ehe ich mich versehe, stehen wir mitten im Kühlraum der Pathologie. Mitarbeiter begrüßen die zwei Kriminalisten fast schon freundschaftlich, man kennt sich. Kriminalkommissar Partzsch bittet um alle Unterlagen und nach kurzer Sichtung macht sich Rothmann auf den Weg zur Station. Vollkommen routiniert beginnt Partzsch mit der Arbeit. Die Tote wird nach Narben, Flecken, Verletzungen untersucht. Nichts lässt auf die „Einwirkung Dritter“ schließen, wie es später im Bericht heißen wird. Das passt auch zu dem, was Rothmann in der Zwischenzeit auf der Station in Erfahrung gebracht hat. Die 80-Jährige war Dialysepatientin, ihr Körper von der langen Krankheit gezeichnet. Ihre Vorerkrankungen hatten schließlich zum Tod der Frau geführt, mit dem Sturz hatte das nichts zu tun. Weshalb der verantwortliche Arzt nun einen unnatürlichen Tod feststellte, wird uns an diesem Tag nicht so recht klar. Aber Partzsch und Rothmann werten das nicht. Im Gegenteil. Wenn es Zweifel gibt an der Art des Todes, mögen sie auch noch so klein sein, dann ist es nur gut und richtig, wenn das festgestellt wird und eine Ermittlung folgt. Noch im Auto ruft Andrei Partzsch die Kollegen des Wach- und Wechseldienstes an. Ein Bestatter kann die Frau aus der Pathologie abholen. Am gleichen Tag gibt der Staatsanwalt die Tote frei und ihre Angehörigen können die Beisetzung der Frau organisieren.

### Besondere Akribie ist gefragt

Ebenfalls im Auto werden wir via Freisprecheinrichtung über die Lageentwicklung in Finsterwalde auf den neuesten Stand gebracht. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist der 26-Jährige mit einer scharfen Waffe bedroht worden; die Täter hatten ihn so zu Diebstählen gezwungen. Von den Tätern geht eine nicht zu berechnende Gefahr aus. Deshalb und um Beweismittel zu finden sollen jetzt die Wohnungen der Verdächtigen durchsucht werden. Das muss jedoch ein Richter anordnen, was er auch tut. Für Michael Seidel ist demnach noch lange nicht Feierabend.

Bis zur Ablösung durch die Spätschicht gilt die gesamte Aufmerksamkeit der Ermittler nun den Formularen. „Das Feuer der Begeisterung lässt sich leicht mit Formularen löschen“, prangt in großen Lettern an der Tür zur Teeküche. Wahres Wort und sicher nicht nur für die Arbeit im Dauerdienst zutreffend. Aber das gehört nun mal dazu. Klar, schließlich sind die vom Dauerdienst gefertigten Unterlagen das, was die Ermittler in den anderen Kommissariaten später vom Fall in den Händen halten. Alle Informationen und damit alle noch folgenden Maßnahmen bauen auf den Ermittlungsunterlagen des KDD auf. Besondere Akribie ist also gefragt.

Ich kann an diesem Tag nur noch die Fotos aus der Pathologie beisteuern. Das tue ich und schicke sie umständlich via Mail hin und her, bis sie auf dem Rechner von Kriminalkommissar Partzsch ankommen. Um ein Haar hätte ich die Bilder einem ehemaligen

Mitschüler geschickt, dessen Adresse sich automatisch aufmachte. Ein Kartenlesegerät, um Bilder direkt am Arbeitsplatz aufzurufen und zu speichern, gibt es nicht. Gut, hat ja funktioniert, irgendwie. Bis auf Michael Seidel sind alle pünktlich zum Feierabend fertig mit ihren Schreibarbeiten. Wir verabschieden uns und ich mache mich auf den Heimweg.

### Spezialeinsatzkommando (SEK) zur Unterstützung herbeigerufen

Auf der Autobahn in Richtung Potsdam bin ich in Gedanken einige Kilometer weiter südlich. Wahrscheinlich fahren mir zur gleichen Zeit Kollegen der Spezialkräfte entgegen, unterwegs nach Finsterwalde. Weil die Tatverdächtigen gefährlich sind, wird das Spezialeinsatzkommando (SEK) zur Unterstützung herbeigerufen. Dann werden die Wohnungen der Verdächtigen durchsucht. Sogar erfolgreich, denn die Ermittler finden ein Gewehr und ein Messer. Als die Beamten die Gegenstände sicherstellen, tobt der Wohnungsinhaber und greift die Polizisten an. Sein Anfall bleibt ohne Wirkung. Von seinem Ausraster unbeeindruckt, nehmen die Beamten ihn dennoch zur Beschuldigtenvernehmung mit. Später erlässt ein Richter für alle drei Tatverdächtigen Haftbefehle. Von der Anzeige bis zur Festnahme – alles in weniger als 24 Stunden.

■ KATRIN LAURISCH  
INFO110-CHEFREDAKTEURIN



Nach der Arbeit der Kriminalisten wickelt der Sektionsassistent die Tote sorgsam in ein Tuch



Standleitung: Im Dienstwagen kommen neueste Informationen zum Finsterwalder Fall „über Draht“

# „Lebensbeichten sind selten..“

BDK-Landeschef Riccardo Nemitz im info110-Gespräch über Herausforderungen für die Kriminalpolizei, fehlende Fahndungskräfte und den schweren Stand der Kriminaltechnik.

**Manche Probleme – Personalabbau, Krankenstand, die schwierigen Arbeitsbedingungen in manchen Liegenschaften - teilt die Kriminalpolizei mit anderen Bereichen. Andere Herausforderungen sind spezieller Natur. Wie schätzen Sie aktuell den Stand der Polizeireform im Hinblick auf die Kripo ein?**

**Riccardo Nemitz:** Die Strukturreform hat das Personal sehr stark durcheinander gewürfelt. Es gibt kaum einen Bereich, der danach noch mit dem gleichen Personalbestand weiterarbeitet. Positiv ist sicherlich die vom BDK schon lange geforderte flächendeckende Einführung des Kriminaldauerdienstes (KDD). Das ist schon ein Schritt in die richtige Richtung und macht sich unterm Strich auch qualitativ bemerkbar. Zudem bietet sich der KDD regelrecht als Einstieg in eine Laufbahn bei der Kripo nach der Ausbildung an.

**Was halten Sie von den Fachkommissariaten auf Direktionsebene?**

**Nemitz:** Die Struktur ist hier grundsätzlich richtig aufgestellt, braucht aber nach unserer Auffassung mehr Personal. Für die Masse an Fällen kleiner und mittlerer Kriminalität, die in den Polizeiinspektionen bearbeitet werden soll, gibt es dort einfach zu wenige Kriminalisten. Außerdem haben wir momentan eine ungünstige Situation bei der Personal- und Fachaufsicht. Das gehört nach Auffassung des BDK in eine Hand. Zurzeit hat der Kripoleiter zwar die Fachaufsicht, aber nicht die Personalthoheit. Das ist ein strukturelles Problem und sollte 2014 mit der Evaluierung korrigiert werden.

**Wie schätzen Sie den Stand der Kriminaltechnik in Brandenburg ein?**

**Nemitz:** Ich mache mir große Sorgen um unsere Kriminaltechnik (KT). Bis 2020 wird dieser Bereich weiter zentralisiert. Früher gab es KT in jedem Schutzbereich, jetzt ist sie bei den Direktionen angebunden. Ich glaube, das ist der falsche Ansatz, wenn der Kriminaltechniker während seiner Schicht

durch die gesamte Direktion reist und mehr im Auto sitzt, als er Tatorte untersuchen kann. Das ist nicht sinnvoll. So werden letztlich weniger Tatorte kriminaltechnisch untersucht. Folglich erhält die Sachbearbeitung weniger Spurenvorgänge – es fehlt somit an objektiven Beweisen. Man kann nicht erwarten, dass der Beschuldigte in der Vernehmung umfassend seine Lebensbeichte ablegt. Das passiert das eine oder andere Mal, doch was im Regelfall wirklich zählt, das ist der objektive Beweis. Da ist die Kriminaltechnik immens wichtig und wird leider stiefmütterlich behandelt. Zu einer effizienten Kriminaltechnik gehört auch, dass Spuren schneller untersucht werden, als derzeit. Unser Kriminaltechnisches Institut (KTI) arbeitet an der Schmerzgrenze, hier muss weiter investiert werden.

**Was müsste nach Ihrer Auffassung getan werden?**

**Nemitz:** Bei der Ausbildung der Kriminaltechniker haben wir großen Nachholbedarf. Ein guter Anfang wären richtige Kriminaltechnikerlehrgänge, wie es sie vor 1997 gab. Außerdem sind die Kriminaltechniker im Schnitt älter als 50 Jahre. Mehr Nachwuchs muss her. Aber das Berufsbild des Kriminaltechnikers ist leider oft zu negativ behaftet. Bei – 15 Grad am Tatort frieren und Spuren sichern oder Todesermittlungen bei 40 Grad im Schatten und die Leiche im Pumpenhäuschen fault und fault... Die Kollegen vollbringen immense Leistungen und das wird vielfach zu sehr als selbstverständlich erachtet. Diese Arbeit muss mehr anerkannt und honoriert werden. Auch das ist ein Grund, weshalb es zu wenige Interessenten für dieses Sparte bei der Kripo gibt.

**Die Zielzahl der Reform „Polizei Brandenburg 2020“ sieht bislang eine Reduzierung des Kripo-Personals um 400 Stellen vor. Glauben Sie, dass das geht?**

**Nemitz:** Es wird große Einschnitte geben. Das muss man dann ehrlich sagen.

Wenn man weniger Leute in der Sachbearbeitung hat, wird eben umgerechnet auch weniger Leistung erbracht. Man kann versuchen, sich effektiver aufzustellen, so wie mit der ZENTRAB. Dennoch: Wir als BDK sind da sehr skeptisch. Unterm Strich ist die Qualität nicht so, wie wir sie uns wünschen. Auf der anderen Seite verstehen wir durchaus die Notwendigkeit, die mit der ZENTRAB verbunden ist, gerade vor dem Hintergrund des Personalabbaues. Es gibt eben Ermittlungsverfahren, die wirklich keinen Ermittlungsansatz haben und der einfachen Kriminalität zuzuordnen sind. Die müssen dann auch schneller zur Staatsanwaltschaft gehen, das aber im großen Stil zu machen, halte ich für bedenklich. Hier darf der Bogen nicht überspannt werden!

**Ein Thema in der Reformdebatte sind auch die operativen Fahndungskräfte. Wie man hört, bilden in manchen Inspektionen Beamte des Streifendienstes fallbezogen eigene Zivilkomponenten. Was halten Sie davon?**

**Nemitz:** Bei der operativen Fahndung wurde in der Tat kräftig Personal gekürzt. Früher in jedem Schutzbereich vorhanden, ist die Fahndung jetzt ebenfalls bei den Direktionen angebunden. Das führt dazu, dass Observationen nicht mehr in der Quantität und Qualität durchgeführt werden, wie es erforderlich wäre. Kurzfristig eine Observation zu organisieren, um einen möglichen Drogen-Handel auf dem Spielplatz in einem Neubauviertel aufzuklären, ist heute praktisch überhaupt nicht mehr möglich. Observationsteams sind nur noch für Beschluss-sachen da. Beamte des Wach- und Wechseldienstes (WWD), die eigene Zivilkomponenten improvisieren, das halte ich für den falschen Weg. Schon weil der Personalbestand des WWD ohnehin sehr dünn ist. Ich weiß nicht, wie die Kollegen das auch noch leisten sollen. Man kann so etwas vielleicht mal machen, wenn irgendwo ein geklautes Autoradio auf dem Parkplatz angeboten wird. Aber

das kann nur die Ausnahme sein. Fahndungskräfte müssen schon Spezialisten sein.

#### **Eine Spezialisierung fordert der BDK auch bei der Polizeiausbildung.**

**Nemitz:** Ja, die Kriminalpolizei muss sich spezialisierter ausrichten. Das fängt eben mit der Ausbildung an, der BDK fordert das schon lange. Ermittlungsverfahren werden immer komplexer, Cyberkriminalität ist da nur ein Beispiel. Die andere Seite schläft nicht, Kriminelle gehen neue Wege und nutzen intensiv moderne Technik. Ich meine, dass wir uns bei der Fortbildung insbesondere bei der Kriminalpolizei auf das Vermitteln von Methoden und Mitteln zur Bekämpfung neuer Kriminalitätsphänomene konzentrieren müssen. Das sollte bei der Fortbildung im Mittelpunkt stehen und nicht das Vermitteln von Basiswissen. Basiswissen gehört in die Ausbildung. Und da ist eine so genannte Y-Ausbildung unseres Erachtens der richtige Weg. Spezialisierung kommt allen Sparten der Polizei und damit der Gesamtorganisation zu gute.

#### **Wo sehen Sie besondere Herausforderungen der Zukunft für die Kripo? Was ändert sich, auf was müssen wir uns einstellen?**

**Nemitz:** Die Technologie schreitet voran; schneller als wir derzeit Schritt halten können. Wir haben neue Kriminalitätsphänomene zu bekämpfen. Das ist auch ganz normal, erst gibt es das Kriminalitätsphänomen; wenn es festgestellt ist, kann es bekämpft werden. So verhält es sich auch bei der Grenzkriminalität – reagiert wurde mit der BAO „Grenze“. Der BDK ist für die Einführung einer festen Struktureinheit. Ermittlungstätigkeit sollte in enger Zusammenarbeit mit der Schwerpunktsstaatsanwaltschaft für organisierte Kriminalität in Frankfurt (Oder) erfolgen. Denn Rechtshilfeabkommen und alles was damit zusammenhängt, sind sehr langwierig und schwierig zu bearbeiten. Da brauche ich Fachleute, die nicht nur zeitweise in der BAO beschäftigt sind. Dann kann ich etwas erreichen. Aber auch das braucht Personal. Wir fordern das schon seit geraumer Zeit. Seit 2002 wird bei der Polizei Personal abgebaut, bisher über 3.000 Leute, davon ein Drittel bei der Kripo. Das ist schwer zu verkraften, um es vorsichtig auszudrücken. Wenn es dann Defizite gibt, die durch die Staatsanwaltschaft publik gemacht werden, kann ich das schon nachvollziehen.

#### **Sie sagen, weniger Leute werden auch weniger leisten. Sehen Sie auch Aufgaben, die in Zukunft nicht mehr durch die Polizei erledigt werden müssten?**

**Nemitz:** Outsourcing kann ich mir bei der Kripo nicht wirklich vorstellen. Mir fällt bei der Strafverfolgung nichts ein, was andere genauso gut übernehmen könnten, um den geplanten Personalabbau auch nur ansatzweise zu kompensieren. Zu diesem Ergebnis ist auch schon die sogenannte Bosch-Kommission gekommen. Strafverfolgung ist grundsätzlich eine hoheitliche Tätigkeit. Diese gehört in eine Hand! Natürlich gibt es bei einer Organisationsreform immer auch positive Effekte, das will ich nicht bestreiten. Manches kann man tatsächlich anders organisieren als in der Vergangenheit und das bringt dann wirklich Synergien. Und dann läuft es mit etwas weniger genauso gut und manchmal sogar besser. Aber das hat alles seine Grenzen. Den Abbau von 1.900 Stellen kann man so nicht ausgleichen, das ist völlig abwegig.

#### **Die Zahl der Straftaten sinkt auch in Brandenburg seit vielen Jahren. Weniger Arbeit also für die Kriminalpolizei?**

**Nemitz:** Die Eigentums kriminalität, präzise gesagt der einfache Diebstahl, wird zumindest weniger angezeigt. Ob er wirklich zurückgeht, muss offen bleiben. Aber die Anzahl anderer Kriminalitätsphänomene liegt nach wie vor bei rund 120.000 Straftaten jährlich. Seit 1994 gibt es da diese Art ‚Sockelbetrag‘. Da kommen die Diebstähle aller Art dann oben drauf. Und nur da haben wir nennenswerte Rückgänge. Sonst nicht. Und genau der ‚Sockelbetrag‘ sind oft die ermittlungintensiven Straftaten, angefangen bei der gefährlichen Körperverletzung, Raub, Sprengen von Geldautomaten, Cyberkriminalität, Wirtschaftsstraftaten, Umweltdelikte oder Betäubungsmittelsachen. Diese sind häufig besonders komplex. Da muss man richtig Ressourcen investieren, wenn man Erfolg haben will. Die Ermittlungsarbeit ist schwierig und langwierig. Die Bereiche, in denen mit deutlich erhöhtem Aufwand ermittelt werden muss, bleiben nach meiner Einschätzung im Grunde unverändert. Das heißt, wir werden bei weniger Personal eigentlich mehr zu tun haben!

#### **Herr Nemitz, wir danken Ihnen für das Gespräch.**

*Das Interview führten info110-Chefredakteurin Katrin Laurisch und MI-Pressesprecher Ingo Decker*



#### **RICCARDO NEMITZ**

(39), Kriminaloberkommissar, ist seit März 2013 Landesvorsitzender des BDK in Brandenburg. Nemitz begann 1992 die Ausbildung im mittleren Polizeivollzugsdienst und wechselte ein Jahr später zum Studiengang der FH für öffentliche Verwaltung des Landes Brandenburg. Dem Studium folgte der Direkteinstieg bei der Kriminalpolizei. Seit der Strukturreform ist Nemitz als Ermittler im Kriminalkommissariat „Raub-, Gewalt- und Bandenkriminalität“ in Neuruppin tätig.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) vertritt nach seiner Selbstdarstellung „die beruflichen und sozialen Belange aller Angehörigen der Kriminalpolizei, Beamte wie Tarifbeschäftigte, und setzt sich für die wirtschaftlichen, beruflichen, sozialen und kulturellen Interessen seiner Mitglieder ein.“ Nach eigenen Angaben zählt der BDK in Brandenburg etwa 500 Mitglieder, bundesweit vertritt der Berufsverband danach die Interessen von rund 15.000 Mitgliedern.



# Die Studie

Mitte 2009 erschütterte eine heftige Stasi-Debatte die Polizei Brandenburg. Der damalige Innenminister Jörg Schönbohm initiierte daraufhin ein bis heute in Ostdeutschland einzigartiges Projekt: Die seinerzeitige Überprüfung der Weiterbeschäftigung ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheit in der Polizei Brandenburg sollte wissenschaftlich umfassend untersucht werden.

Mit der Aufgabe wurde der Historiker Dr. Burghard Ciesla betraut. Mitte 2010 konnte der Wissenschaftler mit der Arbeit beginnen. Sie sollte sich schnell als schwieriger erweisen, als ursprünglich gedacht. Im Dezember 2012 legte Ciesla seinen 125-seitigen Abschlussbericht „Die Personalüberprüfungen bei der Polizei des Landes Brandenburg. Personeller Wandel und Kontinuität 1989–1999“ vor. Der Forscher hatte dafür umfassendes Archiv- und Aktenmaterial gesichtet, Personalvorgänge durchgesehen und mehr als 70 Zeitzeugen- und Experteninterviews geführt. Am 1. Februar 2013 stellte Ciesla seine Forschungsergebnisse erstmalig öffentlich der Enquetekommission des Landtages zur Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur vor.

Die info110 dokumentiert in dieser Ausgabe die Zusammenfassung der Studie, druckt ein Interview mit dem Autor und gibt ein paar – hoffentlich nützliche – Buchtipps zu diesem schwierigen Thema, das uns sicherlich auch in Zukunft immer wieder einmal beschäftigen wird. In überarbeiteter und erweiterter Form soll die Ciesla-Studie im Frühjahr 2014 auch als Buch erhältlich sein.



## „Um Mitternacht in der Pampa“

Der Historiker Burghard Ciesla über die Stasi in der Polizei, umstrittene Überprüfungen und den Wissenschaftler als Kommissar

**Herr Ciesla, Sie haben sich fast drei Jahre mit dem Thema Stasi-Überprüfungen bei der Polizei Brandenburg befasst. Gibt es etwas, was Sie dabei besonders überrascht hat?**

**Burghard Ciesla:** Weniger die eigentlichen Personalüberprüfungen. Mich hat viel mehr überrascht, wie stark das MfS in den 80er Jahren mit der Legende MdI (Ministerium des Innern der DDR) operiert hat und auch, dass viele Leute, die eigentlich beim MfS waren, in und nach der Wendezeit mit einem Dienstzeugnis des Ministeriums des Innern oder der Volkspolizei ausgestattet und nicht entlassen wurden und neue Jobs bekamen. Diese ganze Periode 1989/1990 – also noch bevor es die neuen Bundesländer gab – ist hoch spannend. Wie kam die Stasi in die Polizei, wie ging sie teilweise auch wieder raus. Es lohnt sich wirklich, das zu erzählen.

**1990 standen alle neu gegründeten Länder vor derselben Herausforderung, nämlich sich das Personal in der Polizei genau anzusehen. Es kam dann nicht zu einer einheitlichen Verfahrensweise, die ursprünglich vorgesehen war. Brandenburg wird vorgeworfen, es sei mit dieser Problematik besonders locker umgegangen. Wie würden Sie das Brandenburger Vorgehen im Vergleich zu den anderen Ländern einordnen?**

**Ciesla:** Die Ausnahme ist eigentlich Berlin. Dort ist man strenger gewesen als anderswo; hatte allerdings auch andere Rahmenbedingungen. Ansonsten würde ich nicht sagen, dass Brandenburg irgendwie lascher damit umgegangen ist – jedenfalls nicht im Ergebnis. Ein Unterschied ist, dass es nur in Brandenburg eine neutrale Personalüberprüfungskommission gegeben hat, die „Bischofskonferenz“. Ansonsten

lief dieses Verfahren nicht viel anders ab als in Sachsen, Thüringen und anderen neuen Bundesländern. Es wurde ein Personalfragebogen erarbeitet. Auf dieser Grundlage hat es eine Überprüfung gegeben. Hier würde ich eher sagen, hat sich Brandenburg mit der Bischofskonferenz die besondere Mühe gemacht, konsequent von Anfang an bei strittigen Fällen eine Einzelfallprüfung zu machen. Andere neue Bundesländer, die zunächst härter oder rigoroser vorgegangen sind, wurden dann letztendlich von den Gerichten wieder zurückgepfiffen, weil die Leute, die sie da rausgesetzt hatten, sich erfolgreich wieder zurückklagen konnten. In Brandenburg ist das in keinem Fall passiert.

**Wenn man im Rückblick Bilanz zieht, dann scheinen sich die Entlassungsquoten aus der Polizei gar nicht so stark zu unterscheiden, wie das manchmal in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Ist das so?**

**Ciesla:** Es sieht so aus. Aber es ist ganz schwierig, einen Zahlenvergleich zu machen, weil man einfach nicht sehen kann, nach welchen Kategorien diese Zahlen zustande gekommen sind. Manche Länder haben das MfS-Wachregiment mit einbezogen, andere nicht. Sind jene in den Zahlen berücksichtigt, die sich in anderen Ländern wieder zurückgeklagt haben oder nicht? Diese ganze Zahlenbasis ist mit sehr spitzen Fingern anzufassen. Die einzige verhältnismäßig korrekte Zahl hat eigentlich nur Brandenburg. Und das hängt mit der öffentlichen Diskussion zusammen. Die wasserfeste Zahl ist die vom August 2009, als gezählt wurde und man auf 880 Hauptamtler, IM und Karteikartenfälle in Brandenburg kam. Das hat von den anderen neuen Bundesländern so niemand gemacht. Insofern bleiben Vergleiche schwierig.



**Burghard Ciesla, geb. 1958, habilitierter Zeithistoriker, lebt in Berlin und arbeitet freiberuflich oder projektgebunden für Lehre, Wissenschaft, Museen und Medien. Gegenwärtig Mitarbeiter bei der Unabhängigen Wissenschaftlichen Kommission beim BMJ zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Von ihm sind u. a. erschienen: „Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg“ (2003), „Als der Osten durch den Westen fuhr: Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin“ (2006) und zuletzt „Jagd und Macht. Die Geschichte des Jagdreviers Schorfheide“ (2011).**

**Finden solche Diskussionen wie in Brandenburg in anderen Bundesländern überhaupt statt?**

**Ciesla:** Nicht, dass ich wüsste. Das spielt in den anderen neuen Bundesländern eigentlich keine Rolle mehr.

**Hätten Sie nach fast drei Jahren denn noch Lust, das Thema weiter zu vertiefen? Und was würden Sie sich wünschen, um die Problematik weiter aufzuhellen? Oder sagen Sie: Nein, es reicht jetzt, Knopf dran!**

**Ciesla:** Nein, dann wäre ich kein guter Historiker. Da steckt noch eine ganze Menge drin. Für mich war die Herausforderung bei dem Thema, dass ich daraus eine Transformationsgeschichte gemacht habe. Man muss diese Transformation von der Volkspolizei in eine Landespolizei eigentlich am Stück und im Zusammenhang erzählen. Man muss den ganzen Prozess untersuchen. Und da ist die Arbeit mit den Quellen wegen Datenschutz- und Persönlichkeitsrechten schwierig. Dann konnte ich einfach bestimmten Spuren nicht folgen. Da musste ich mir etwas anderes überlegen; mich z.B. mit ehemaligen MfS-Mitarbeitern treffen. Manchmal bin ich mir schon wie ein Kommissar vorgekommen, wo ich mich überall getroffen habe, um rauszubekommen, wie das z.B. mit der Antiterrorgruppe bei der Staatssicherheit genau war. Sehr viele von den ehemaligen MfS-Mitarbeitern sind heute Sicherheitsleute, bewachen irgendwelche Solaranlagen in

Brandenburg. Wenn man mit denen reden will, dann gab es solche skurrilen Treffpunkte, wie um Mitternacht irgendwo in der Pampa, wo die ihren Sicherheitsdienst machen. Mit diesen Expertengesprächen und Zeitzeugeninterviews habe ich viel gearbeitet. Als sich das dann herumgesprochen hatte, wurde ich sozusagen auch weitergereicht und ein paar Polizisten haben sich dann bereit erklärt zu sagen, gut du kriegst die Unterschrift, um meine Informationen verwenden zu können. Also zum Beispiel: Ich war damals einer bei den Überprüfungen. Oder: Ich war IM zur Armeezeit. Und so hatte auch ich dann die Gelegenheit, deren persönliche Unterlagen zu sehen oder beim Bundesbeauftragten noch mal reinzuschauen in solche Akten. Ich habe ja nicht umsonst einen Abschnitt über die Schwierigkeit mit der ganzen Datengrundlage gemacht.

**Wenn Sie jetzt auf dieses Kapitel ostdeutscher Transformationsgeschichte zurückblicken, ist das insgesamt eher gelungen oder hat es schwere Geburtsfehler, die sich bis heute nicht ausgewachsen haben?**

**Ciesla:** Mehr als zwei Jahrzehnte danach ist es eine Erfolgsgeschichte. Das Ganze lief unter rechtsstaatlichen Bedingungen ab. Dass da manche Entscheidungen heute mit mehr Wissen anders ausfallen würden, ist klar. Aber wenn ich die damaligen Rahmenbedingungen bedenke – den Länderaufbau,

die Sicherheitslage, die Vielzahl der Fälle, die Vorgaben des Einigungsvertrages – dann finde ich das schon eine ganz beachtliche Leistung, die da vollbracht wurde. Für die Rechtsstaatlichkeit spricht auch, dass sich in Brandenburg keiner in den Polizeidienst zurückklagen konnte, während das z.B. in den Landespolizeien Sachsen und Thüringen ganz anders aussieht. Das spricht für die Rechtsstaatlichkeit und für die Einzelfallprüfung. Das hat Brandenburg von Anfang an gemacht. Es entsprach auch dem damaligen Grundtenor des Bundesinnenministeriums. Da hat man ganz deutlich gesagt, wer bei der Staatssicherheit war, wird nicht gleich rausgeschmissen, sondern den gucken wir uns genau an. Brandenburg hatte übrigens den akkuratesten und umfassendsten Personalfragebogen nach Berlin. Brandenburg hatte sich da an Berlin orientiert.

**Jetzt soll aus der Studie ein Buch entstehen. Wann wird das fertig sein und gibt es schon einen Titel?**

**Ciesla:** Es gibt einen Arbeitstitel: „Arglistige Täuschung? - Von der Volkspolizei zur Landespolizei – eine Transformationsgeschichte“. Es gibt auch schon einen Vorvertrag mit dem be.bra Verlag. Ich gehe davon aus, dass der DDR-Teil noch ausgeweitet wird. Auch der Teil über die Wende. Durch die Debatte und die Enquetekommission des Landtages fällt manchen Leuten auch erst jetzt im Nachhinein wieder etwas ein. Und dann bekommt man noch mal ganz andere Hinweise. Ich denke, ich könnte es jetzt noch etwas besser erzählen. Nicht im Grundsatz, aber in vielen Details.

**Herr Ciesla, vielen Dank für das Gespräch.**

*Das Interview führte MI-Pressesprecher Ingo Decker.*

# „Arglistige Täuschung?“

Personalüberprüfungen bei der Polizei Brandenburg

Von Dr. Burghard Ciesla

Mit dem Projekt über die Personalüberprüfungen bei der Polizei des Landes Brandenburg wurde in erster Linie untersucht, inwieweit die Übernahme von Polizeibediensteten wegen hauptamtlicher und inoffizieller Tätigkeit für die Staatssicherheit auf Rechtsstaatlichkeit beruhte. Hierfür wurde die Verfahrenspraxis beim Brandenburger Innenministerium (MI) auf der Grundlage von Projektinterviews, Archivrecherchen und der Auswertung anonymisierter Personalunterlagen rekonstruiert und analysiert (1990-1999). Diese thematische Ausrichtung erforderte zugleich die Berücksichtigung der Geschichte von Staatssicherheit und Volkspolizei vor 1989 und die Untersuchung der Transformation der DVP zu einer rechtsstaatlich-demokratischen Polizei.

## „Überprüfungen durchgehend rechtsstaatlich“

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die zwischen 1990 und 1999 bei der Polizei des Landes Brandenburg durchgeführten Personalüberprüfungen durchgängig auf einem rechtsstaatlichen Verfahren beruhten. Das MI entschied bei „strittigen“ oder „belasteten Fällen“ von Anfang an auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung. Diese ständige Verwaltungspraxis bedeutete zwangsläufig, dass unter bestimmten Voraussetzungen sowohl ehemalige hauptamtliche als auch inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit im Polizeidienst des Landes Aufnahme fanden bzw. weiterbeschäftigt wurden. Eine Tätigkeit für das MfS war kein hinreichender Kündigungsgrund gewesen, da die generelle Ausgrenzung dem rechtsstaatlichen Prinzip der Einzelfallprüfung widersprochen hätte.

Die Prüfungskommissionen bei der Polizei des Landes Brandenburg gingen davon aus, dass die Festlegungen des Einigungsvertrages im Hinblick auf das Kündigungsrecht „Kannbestimmungen“ waren. Automatische Ausschlussgründe oder eine schema-

tische Handhabung der Kriterien gab es nicht. Mit der auf der Grundlage eines Personalfragebogens 1990/91 vorgenommenen Auswahl und Entscheidung wurde der Gebrauch des Sonderkündigungsrechtes des Einigungsvertrages bereits 1991 verbindlich geregelt. Eine Kündigung war danach dann möglich,

## „Generelle Ausgrenzung hätte Prinzip der Einzelfallprüfung widersprochen“

wenn nachträglich neue Erkenntnisse über schwerwiegende Verstrickungen auftauchten bzw. eine Frage im Personalfragebogen wesentlich falsch beantwortet worden war und damit der Dienstherr getäuscht wurde. Für die Brandenburger Polizei hat sich gezeigt, dass Kündigungen oder Entlassungen in der Regel wegen unrichtiger Angaben bei der Übernahme, Einstellung oder Überprüfung vorgenommen wurden, d. h. es kam zur Beendigung des Dienstverhältnisses aufgrund „arglistiger Täuschung“.

Die bei der Polizei Brandenburgs im Rahmen von Einzelfallprüfungen getroffenen Entscheidungen orientierten sich immer daran, in welchem Umfang und unter welchen Umständen eine Tätigkeit für die Staatssicherheit zustande gekommen war. Die Personalkommissionen trafen damals zwangsläufig auch Entscheidungen, die mit heutigem Wissen möglicherweise anders

## „Auch Entscheidungen getroffen, die mit heutigem Wissen anders ausgefallen wären“

ausfallen würden. Vielfach fand das „scharfe Instrument“ der Rücknahme der Ernennung aufgrund einer „arglistigen Täuschung“ keine Anwendung, da die MfS-Belastung im Hinblick auf die Ernennung nicht kausal geworden war. Der Kausalzusammenhang wurde

immer dann verneint, wenn die „arglistige Täuschung“ in einem „milderen Licht“ gesehen werden konnte. Bei den „milderen“ Entscheidungen hatte für die Überprüfungen bei der Polizei der Landtagsbeschluss zur Bewertung der Vergangenheit „mit menschlichem Maß“ von 1994 eine große Bedeutung.

Die Arbeits- und Verwaltungsgerichte sowie das Bundesverfassungsgericht haben in den neunziger Jahren mehrfach festgestellt, dass die Umstände der Einzelfälle zu berücksichtigen seien. In den neuen Ländern, in denen „formulärmäßig“ oder nach „rigorosen“ Ausschlussgründen gekündigt wurde, hat die Rechtsprechung eine solche Praxis der Überprüfung relativiert. Die Gerichte fällten eine Reihe Urteile, durch die Entlassungen wieder rückgängig gemacht werden mussten. Die Rechtsstaatlichkeit der Brandenburger Überprüfungspraxis wurde im Verlauf der neunziger Jahre indirekt dadurch bestätigt, dass sich keiner der entlassenen Polizeibediensteten auf gerichtlichem Wege wieder in den Polizeidienst des Landes „zurückklagen“ konnte. In der Gesamtsicht zeigte sich bei den Klageverfahren, dass die Sonderkündigungsvorschriften des Einigungsvertrages zunächst ein „Niemandland juristischer

## „Zunächst Niemandland juristischer Argumentation“

Argumentation“ schufen. Durch den jahrelangen Konkretisierungsprozess über die Gerichte entstanden Ungleichbehandlungen, die sich störend auf den Rechtsfrieden auswirkten und das Vertrauen in den Rechtsstaat beeinträchtigt haben.

Die anonymisierten Personalunterlagen erforderten zwangsläufig immer die Berücksichtigung der DDR-Vergangenheit. Die im Rahmen der Projektstudie durchgeführten Recherchen über die Verflechtungen von Staatssicherheit und Volkspolizei zeigten, dass bei den Personalkommissionen das Wissen bei einer Reihe von Fällen zwangs-

läufig lückenhaft gewesen war. Zudem liefen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch die archivalischen Erschließungen bei der Stasi-Unterlagen-Behörde. Bei neuen Erkenntnissen der Behörde, nach bereits abgeschlossener Überprüfung, gab es in der Regel keine Nachmeldung. Tauchten beispielsweise bei einem Karteikartenfall wieder Akten auf, so wurde das aufgrund der Gesetzeslage nicht dem MI mitgeteilt. Eine erneute Anfrage des MI bei der Stasi-Unterlagen-Behörde fand aber auch nicht statt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass aus der Sicht des Arbeitgebers eine einmal getroffene Entscheidung für den Verbleib bei der Polizei eine unbegründete Prüfungsanfrage aufgrund des „arbeitsrechtlichen Vertrauensschutzes“ nicht rechtfertigte. Der Vertrauensschutz konnte wiederum nur durchbrochen werden, wenn Erkenntnisse auftauchten, die ein Verbleiben des/der Betroffenen für den Dienstherrn unerträglich machten. Das MI war zudem aus Gründen der Gleichbehandlung und der Selbstbindung durch das vom Ministerium selbst gewählte Verfahren bei seinen Entscheidungen eingeschränkt.

### „Einigungsvertrag sah Weiterbeschäftigung vor“

Der Einigungsvertrag sah vor, dass die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung der DDR und Ost-Berlins nach dem Beitritt am 3. Oktober 1990 weiterbeschäftigt wurden. Diese Regelung bedeutete einen personellen Automatismus, d. h. alle sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Polizei befindlichen ehemaligen hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit oder systemnahe Funktionsträger kamen so in den Polizeidienst der neuen Bundesländer. In die brandenburgischen Bezirke übernahm die Volkspolizei zwischen November 1989 und Januar 1990 schätzungsweise 500 ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter des MfS. In diesem Zeitraum kam es auch zur Übernahme von Dienstgruppen bzw. Struktureinheiten. Von den „Runden Tischen“ der brandenburgischen Bezirke wurden zwischen Februar und April 1990 die Übernahmen von ca. 220 hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern bestätigt, bei denen es sich vor allem um technische Kräfte, Schriftsachverständige, Personenschützer und Mitarbeiter aus dem Erkennungsdienst handelte. Es wurden keine Struktureinheiten übernommen. Nach dem Beitritt

gab es aufgrund der Umstrukturierungen vereinzelte Übernahmen bzw. Neueinstellungen.

Die Nichteinigung auf einen gemeinsamen Kriterienkatalog führte im November 1990 dazu, dass die Innenministerien der Neuen Bundesländer bei den Personalübernahmeverfahren jeweils eigene Wege gingen. Im Hinblick

### „Runde Tische bestätigten 1990 Übernahme von MfS-Mitarbeitern“

auf die „Überprüfungsgerechtigkeit“ war es in allen Bundesländern ein Defizit, dass es kein einheitliches Verfahren mit verbindlichen Regelungen, Maßstäben und Kriterien für die Überprüfung der Bediensteten im öffentlichen Dienst gab. Das erste Personalüberprüfungsverfahren (PÜV I) beruhte auf einem Personalfragebogen und der im Dezember 1990 gebildeten „Personalkommission (...) zur Auswertung von Personalfragebögen“.

In allen neuen Bundesländern gab es bei diesem ersten Auswahlverfahren keine systematischen Anfragen beim damaligen Sonderbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Das Grundmuster des Verfahrens – Personalfragebogen, Auswahlkommission, Empfehlungen – glich sich in allen neuen Bundesländern. Die Unterschiede bestanden im Umfang und der Detailliertheit der Fragebögen, in der Zusammensetzung der Kommissionen und den Entscheidungskriterien. Das Land Brandenburg bildete als einziges der neuen Länder eine neutrale, unabhängige

### Überprüfung: „Grundmuster glich sich in allen Ländern“

Auswahlkommission („Bischofskonferenz“), die bei den belasteten und strittigen Fällen ab Februar 1991 konsequent die Einzelfallprüfung anwandte und ihre Arbeit im Mai 1991 beendete. Bei den Einzelfallprüfungen handelte die Personalkommission nach Maßstäben, die sie sich selbst erarbeitet hatte. Dabei gab es weder für hauptamtliche noch inoffizielle Mitarbeiter des MfS, systemnahe Funktionsträger wie Politoffiziere bzw. für Mitarbeiter der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei automatische Ausschlussgründe.

Das zweite Überprüfungsverfahren (Personalüberprüfungsverfahren – PÜV II) wurde in allen neuen Bundesländern im Rahmen der Verbeamten begonnen und beruhte auf den ab 1992 nach und nach eintreffenden Mitteilungen der Stasi-Unterlagen-Behörde. Bis 1999 wurde dieses zweite Verfahren bei allen Innenministerien der ostdeutschen Bundesländer abgeschlossen. Die meisten der Einzelfallprüfungen fanden im Zeitraum 1992 bis 1996 statt. Während des PÜV II wurden alle Beschäftigten in der Polizei des MI über eine Regelanfrage beim BStU auf eine mögliche Tätigkeit für die Staatssicherheit angefragt. Ergab sich daraus eine belastende Mitteilung, dann erfolgte eine schriftliche oder mündliche Anhörung. In einem Gespräch klärten die Personalkommissionen die belastenden und entlastenden Gründe. Zum Anhörungsgespräch konnte von der/dem Betroffenen eine Person des Vertrauens hinzugezogen werden. Von den insgesamt 12.493 beim MI zwischen 1992 und 1999 eingegangenen BStU-Mitteilungen waren 85 Prozent ohne Hinweis auf eine Tätigkeit für das MfS. Als das PÜV II im Juni 1999 beendet wurde, hatte das MI insgesamt 500 Arbeitsverhältnisse durch Kündigungen oder Aufhebungsverträge beendet. Gemessen an den beim PÜV II bekanntgewordenen belasteten Fällen (1.823) trennte sich das MI von 27 Prozent die Polizeibediensteten mit einem Stasi-Hinter-

### Brandenburg: Von 33 Prozent der MfS-Belasteten getrennt

grund. Zählt man die 101 Entlassungen des PÜV I hinzu – möglicherweise sind die anderen Innenministerien bei der Berechnung ihrer Quoten bei den Entlassungen so vorgegangen – dann unterscheidet sich der Entlassungsanteil von 33 Prozent wenig von den Entlassungsquoten der anderen neuen Bundesländer. Weitere Überprüfungen wie die 2004 beschlossene Überprüfung von Dienstkräften unter Verwendung der „Rosenholz“-Dateien waren nicht mehr Thema der Untersuchung dieser Studie.

Die am Ende der neunziger Jahre von allen neuen Bundesländern mitgeteilten Überprüfungsergebnisse zeigen zunächst, dass es in keinem der ostdeutschen Länder eine systematische Datenerhebung nach definierten Tatbeständen gegeben hat. Die für die

Personalüberprüfungen bei der Polizei der neuen Bundesländer vorliegenden Daten entziehen sich einer genauen Auswertung, da beispielsweise bei den belasteten Fällen die jeweiligen Innenministerien unterschiedliche Kategorien gebildet haben. Generell ist den Angaben nicht zu entnehmen, ob bei den Gesamtbeschäftigten nur der Polizeivollzugsdienst gemeint ist oder auch noch der sogenannte „übrige Bereich“ der Polizei. Hinsichtlich der Entlassungen bleibt offen, ob die erfolgreichen Klagen in den Angaben berücksichtigt wurden. Es ist auch nicht ersichtlich, ob nur die belasteten Fälle aufgrund der Mitteilungen der Stasi-Unterlagen-Behörde berücksichtigt sind oder auch noch die Entlassungen des ersten Personalauswahlverfahrens von 1990/91.

### „Kaum neue Erkenntnisse über hauptamtliche MfS-Mitarbeiter“

Trotz dieser Einschränkungen zeigt ein Ländervergleich, dass die Stasi-Unterlagen-Behörde bis 1999 insgesamt ca. 12.100 ehemalige hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes in allen Polizeibehörden der neuen Bundesländer identifiziert hat. Von diesen blieben rund 7.300 Polizisten mit einer Stasi-Vergangenheit als Beamte oder Angestellte weiterbeschäftigt. Von denen, die im Dienst bleiben durften, gehörten 18 Prozent zur Polizei des Landes Brandenburg. Die meisten belasteten Polizisten verzeichneten die Bundesländer Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 26 Prozent. Danach folgten mit 24 Prozent das Land Thüringen und mit 22 Prozent Sachsen-Anhalt. In Berlin betrug der Anteil rund 7 Prozent.

Die Entwicklungen bei den Entlassungen in den jeweiligen Neuen Bundesländern lassen auch die Vermutung zu, dass sich in der Vergangenheit verschiedene Innenministerien offensichtlich weniger an den Stasi-Belastungen als vielmehr am Personalbedarf ausgerichtet haben. Im Öffentlichen Dienst der neuen Länder, wo das Personal nicht einfach ersetzt werden konnte, musste bei den Entlassungen zwangsläufig eine moderatere Gangart eingelegt werden. Das traf im besonderen Maße für die Polizei in den neuen Bundesländern zu, was wiederum auch mit der angespannten Sicherheitslage zusammenhing. Selbst Berlin, wo

1990/91 vergleichsweise rigoros vorgegangen wurde, musste das Entstehen eines „Sicherheitsvakuums“ im Ostteil der Stadt vermeiden. Nach Angaben der Stasi-Unterlagen-Behörde sind gegenwärtig noch schätzungsweise 1.500 ehemalige hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit bei den ostdeutschen Landespolizeibehörden beschäftigt. Der Anteil des Landes Brandenburg liegt dabei bei etwa 13 Prozent.

Eine nachträgliche und methodisch bessere Datenerfassung war und ist im Hinblick auf den personellen und zeitlichen Aufwand kaum vertretbar. Im Sommer 2009 wurde im MI des Landes Brandenburg wegen der aufkommenden Stasi-Debatte trotzdem noch einmal aufwendig recherchiert: Im Jahre 2009 betrug die Personalstärke der Brandenburger Polizei 9.232 Polizeibedienstete. Davon galten 880 Polizistinnen und Polizisten aufgrund einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit als belastet. Damit hatten weniger als 10 Prozent der Brandenburger Polizeibediensteten aufgrund der Mitteilungen des BStU aus den neunziger Jahre eine Stasi-Vergangenheit. Die Tendenz ist naturgemäß weiter fallend. Von den 880 Belasteten waren wiederum rund 20 Prozent „Karteikartenfälle“. Es lagen also Karteikarte in den Registraturen des MfS vor, aber nicht die dazugehörigen Aktenvorgänge. Diese Fälle wurden in allen neuen Bundesländern nicht systematisch weiterverfolgt.

Im Hinblick auf die seit 2009 andauernde öffentliche Stasi-Debatte über die Polizei des Landes Brandenburg sei bemerkt, dass es sich um keine „neuen Stasi-Fälle“ handelt. Alle durch die Medien bekannt gewordenen Fälle sind dem Brandenburger MI durch die beiden Personalüberprüfungsverfahren bekannt gewesen. Die ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit hatten Anfang der neunziger Jahre wahrheitsgemäß ihre Tätigkeit offengelegt und wurden aufgrund ihrer vergleichsweise kurzen Zeit der Tätigkeit, ihrer Ausbildung und ihres Alters bei der Brandenburger Polizei übernommen bzw. eingestellt. Zu allen diesen Fällen gab es eine Mitteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde. Darin wurde die Dauer, Art und der Umfang der Tätigkeit beschrieben. Das MI hat diese Angaben mit den Angaben in den Personalfragebogen jeweils abgeglichen und bei Unstimmigkeiten eine schriftliche Stellungnahme gefordert oder eine mündliche Anhörung durchgeführt. Konnten sich die Betroffenen glaub-

haft erklären und tauchten keine weiteren dagegen sprechenden Erkenntnisse auf, wurde die- oder derjenige weiterbeschäftigt. Hierbei ist hervorzuheben, dass kaum neue Erkenntnisse über die tatsächlichen Tätigkeiten oder operativen Einsätze der ehemals hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS auftauchten. Die Mitteilungen der Stasi-Unterlagen-Behörde bestätigten in der Regel nur das schon bekannte Wissen aus den Personalfragebogen auf der Grundlage der Selbstauskünfte, d. h. die Mitteilung des BStU gab lediglich über die Dauer der Tätigkeit, die Dienststelle/Dienst Einheit, den letzten Dienstgrad und die letzte Tätigkeit Auskunft.

### „Unstrittig ist, dass es Fehlentscheidungen gab“

Auf diese Weise gab es keine weiteren Hinweise zu den übernommenen Personenschützern, Sprengstoffexperten, Terrorspezialisten oder Untersuchungsführer. Die heute eingenommenen Laufbahnpositionen haben die damals im Durchschnitt Anfang Zwanzigjährigen durch eine reguläre Laufbahnqualifikation erreicht. Sie haben damit in der Regel mehr als zwei Jahrzehnte dem Rechtsstaat gedient und ihre Zuverlässigkeit bewiesen. In den Fällen, wo es Erkenntnisse gab, die den Angaben in den Personalunterlagen widersprachen, hat sich das MI des Landes Brandenburg konsequent von den betreffenden Polizeibediensteten durch die Rücknahme der Ernennung und Entlassung getrennt.

Bei den Personalüberprüfungsverfahren der Brandenburger Polizei ist unstrittig, dass es Fehlentscheidungen, problematische Kompromisse und schwierige Rahmenbedingungen gab. Es war – wie es der damalige Branden-

### „Transformation der Volkspolizei war Erfolgsgeschichte“

burgische Innenminister Alwin Ziel beschrieb – eine „Operation am offenen Herzen“. Davon abgesehen, war die Transformation der Volkspolizei – bei allem Wenn und Aber – eine Erfolgsgeschichte und sie ist zugleich ein Ausweis für eine funktionierende Demokratie. Doch wie kann den Opfern der SED-Herrschaft nach mehr als zwei Jahrzehnten Gerechtigkeit wiederfah-



ren? Wie sollte mit dem Thema „Stasi in der Polizei“ umgegangen werden, ohne das damit rechtsstaatliche Grundprinzipien außer Kraft gesetzt werden? Natürlich hat das MI weiterhin die Pflicht und das Recht, ihre Polizeibediensteten in herausragenden und verantwortlichen Positionen in jeder Hinsicht zu überprüfen. Es gilt aber auch, dass von Seiten des MI nur gehandelt werden kann, wenn konkrete neue Anhaltspunkte vorliegen oder bekannt ge-

worden sind. An den damaligen Entscheidungen kann nachträglich nichts mehr geändert werden, sofern nicht neue Erkenntnisse hierzu vorliegen. Hier gilt der Bestands- bzw. Vertrauensschutz, für den es keine rechtsstaatliche Alternative gibt bzw. geben sollte. Zudem zeigt sich, dass die bekannt gewordenen Stasi-Fälle in der Polizei des Landes Brandenburg in der Regel über die Geschichten der Opfer öffentlich wurden. Deshalb erscheint es sinnvoll,

wenn die dafür inzwischen vorhandenen Institutionen wie „Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD)“ und auch die Abteilung Rehabilitation beim Brandenburger MI mit noch mehr Sach- und Personalmitteln ausgestattet werden, um über die konkreten Geschichten der Opfer auf eine systematische und angemessene Spurensuche zu gehen.

## UNSERE BUCHTIPPS

### Wissenswertes über die DDR-Staatssicherheit

Seit 1990 ist eine heute kaum mehr überschaubare Literatur zum Thema DDR-Staatssicherheit erschienen. Für den zeitgeschichtlich Interessierten ist es da nicht einfach, sich zu orientieren. Zur grundlegenden und sachlichen Information empfiehlt die info110 die hier kurz vorgestellten Titel.

Jens Gieseke  
DIE STASI 1945–1990  
München 2011 (Panttheon),  
368 S., 14,99 Euro



Die Geschichte der DDR-Staatssicherheit auf rund 350 Seiten. Dem Potsdamer Zeithistoriker Jens Gieseke ist es gelungen, die Entwicklung und Funktion des MfS von der Entstehung bis zur Auflösung überzeugend in die politische und gesellschaftliche Geschichte der DDR einzuordnen. Flüssig geschrieben, fundiert dargestellt, souverän und ausgewogen in der Beurteilung seines Gegenstandes. „Das Buch ist in jeder Beziehung ein Wurf“ (FAZ). Bis heute die beste Monografie zum Thema.

Die Geschichte der DDR-Staatssicherheit auf rund 350 Seiten. Dem Potsdamer Zeithistoriker Jens Gieseke ist es gelungen, die Entwicklung und Funktion des MfS von der Entstehung bis zur Auflösung überzeugend in die politische und gesellschaftliche Geschichte der DDR einzuordnen. Flüssig geschrieben, fundiert dargestellt, souverän und ausgewogen in der Beurteilung seines Gegenstandes. „Das Buch ist in jeder Beziehung ein Wurf“ (FAZ). Bis heute die beste Monografie zum Thema.

Enthält auch ein Kapitel über „Die Stasi-Debatte in Geschichtspolitik und Erinnerungskultur.“ Macht zudem auf bedenkenswerte Fakten aufmerksam: „Allein der Umstand, dass rund 60 Prozent der Unterlagen aus den achtziger Jahren und weitere 30 Prozent aus den siebziger Jahren stammen, prägt unser Bild von der Staatssicherheit, obwohl die gravierendsten Verbrechen des Geheimdienstes in den fünfziger Jahren stattfanden.“ Ein Standardwerk.

DAS MFS-LEXIKON  
Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR, Berlin  
2012 (Ch. Links), 400 S., 19,90 Euro.



Das kompakte Nachschlagewerk: Das „MfS-Lexikon“ ist von Mitarbeitern der Stasi-Unterlagen-Behörde erarbeitet worden und bietet Informationen zu Themen von A wie „Ablage, geheime“

bis Z wie „Zusammenwirken, politisch-operatives“.

Das 2012 in zweiter Auflage erschienene Handbuch basiert auf dem aktuellen Forschungsstand und ist die erste Wahl zum schnellen Nachschlagen von Informationen über Begriffe, Strukturen und Personen der DDR-Staatssicherheit. Es enthält auch einen Eintrag zum Thema „Volkspolizei und Staatssicherheit“ sowie einen kurzen Dokumentenanhang mit Organisationsplänen, Personalzahlen und damals einschlägigen Rechtsnormen. Wer wissen will, was einen IME von einem IMS unterscheidet oder womit sich die Hauptabteilung III befasste, der findet hier die Antworten darauf.

Ilko-Sascha Kowalczyk  
STASI KONKRET  
Überwachung und Repression  
in der DDR, München 2013  
(C.H. Beck), 430 S., 17,95 Euro.



Eine besonders spannende Publikation hat vor kurzem Ilko-Sascha Kowalczyk, Mitarbeiter bei der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagen-Behörde, vorgelegt. Wer dachte, zum Thema Stasi

sei schon alles gesagt, den kann dieses Buch eines Besseren belehren. Der profunde Kenner der Materie fordert nichts weniger als einen Paradigmenwechsel in der Debatte. Die üblichen IM-Zahlen von 189.000 hält Kowalczyk für überhöht und „einigermaßen korrekturbedürftig“, er konstatiert „Schiefgaben“ in der Forschung, die zu einer bedenklichen „Stasi-Fixiertheit in der Debatte“ geführt hätten. Der Blick für die „Komplexität von SED-Diktatur und DDR-Gesellschaft“ ginge so „häufig verloren“. Der Autor weist zudem darauf hin, dass über 70 Prozent der einstigen MfS-Mitarbeiter 1989 jünger als 40 Jahre gewesen seien. Im Gegensatz zu jenen, die in dieser Gruppe noch heute ein gefährliches Potenzial sehen, konstatiert Kowalczyk nüchtern: „Es spricht einiges dafür, dass die meisten jüngeren MfS-Angehörigen 1989/90 selbst als Chance begriffen haben, von vorn anfangen und sich mindestens nach außen von ihren einstigen Vorgesetzten, ihrem ehemaligen Ministerium und u.U. sogar von deren Tun innerlich distanziert hatten.“ Derartige Einschätzungen waren so zuvor noch nie aus dem Inneren der BStU zu lesen gewesen. Frischer Wind in einer alten Debatte. ■ ID

# Extremograph Brandenburg 2013

Extremistische Strukturen und Standorte

# Verfassungsschutz visualisiert Extremismus

	<b>Autonome Gruppen</b> 2012: 225 Personen
1	Neuruppin
2	Oranienburg
3	Eberswalde/Bernau
4	Strausberg
5	Potsdam
6	Königs Wusterhausen
7	Frankfurt (Oder)
8	Cottbus
9	Forst
10	Spremberg
11	Finstertal

	<b>Rote Hilfe</b> 2012: 175 Mitglieder
1	Ortsgruppe Neuruppin
2	Ortsgruppe Potsdam
3	Ortsgruppe Strausberg
4	Ortsgruppe Königs Wusterhausen
5	Ortsgruppe Cottbus

	<b>Bands mit linksextremistischen Bezügen</b>
1	Klartext – Eberswalde
2	DieVisitor – Brandenburg an der Havel

	<b>DKP-Gruppen</b> 2012: 90 Mitglieder
1	Prenzlau/Templin
2	Schwedt (Oder)
3	Barnim
4	Havel/Oberhavel
5	Strausberg
6	Potsdam
7	Frankfurt (Oder)
8	Königs Wusterhausen
9	Luckenwalde
10	Cottbus
11	Elbe-Elster

	<b>Rechtsextremistisch genutzte Immobilien</b>
1	Finowfurt
2	Biesenthal
3	Brandenburg a. d. H. OT Kirchmöser
4	Mühlenfließ
5	Märkisch Buchholz

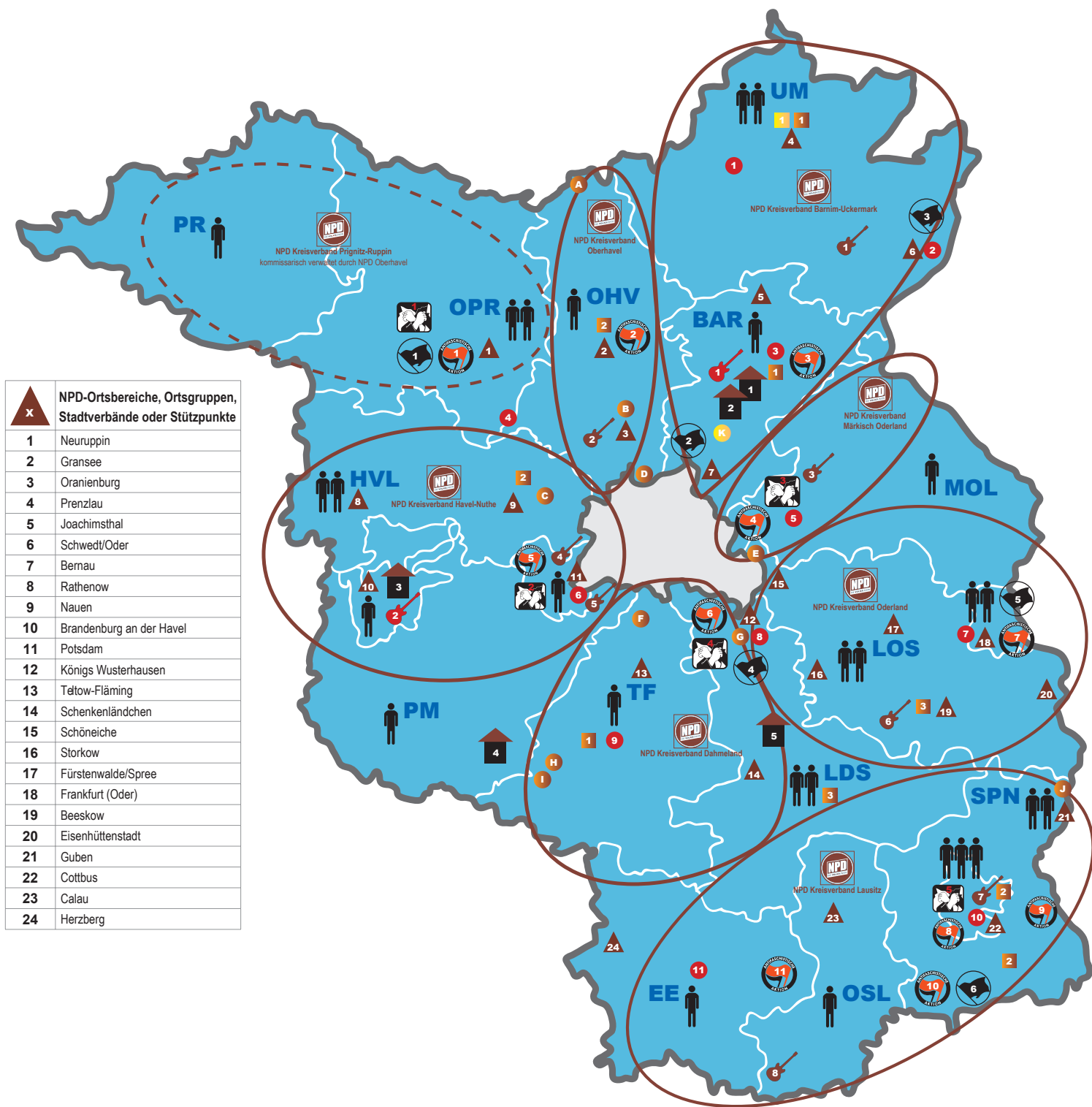
	<b>Rechtsextremistische Bands</b>
1	Jungvolk – UM
2	Hallgard – (OHV) Autan – Oranienburg (OHV) Helle und die RACKer – Bereich Oranienburg (OHV)
3	Exzess – Strausberg (MOL)
4	Aryan Brotherhood – Potsdam Bloodshed – Potsdam Burn Down – Potsdam Handstreich – Potsdam Preussenstolz – Potsdam Redrum – Potsdam Uwoeast – Potsdam
5	Hassgesang – Teltow (PM)
6	Die weißen Jäger – LOS Frontfeuer – Beeskow (LOS) Mogon – Beeskow (LOS) Volkstroj/USK – Fürstenwalde, Beeskow (LOS) Wolfskraft – Beeskow (LOS) Barbaren – Eisenhüttenstadt (LOS)
7	Frontalkraft – Cottbus Hausmannskost – Cottbus
8	Confident of Victory (C.O.V.) – Senftenberg (OSL) Hope for the Weak – Senftenberg, Lauchhammer (OSL) Himmelfahrtskommando – ohne regionale Zuordnung

	1 - 29 Personen
	30 - 59 Personen
	60 und mehr Personen

	<b>Neonationalsozialistische „Freie Kräfte“</b>
1	„Freie Kräfte Neuruppin/Osthavel-land“ (FKN) – Neuruppin
2	„Freundeskreis Nord-Brandenburg“ – Bad Freienwalde, Eberswalde, Prenzlau, Angermünde
3	„Oderfront“ – Schwedt/Oder
4	„Freie Kräfte Königs Wusterhausen“ – Königs Wusterhausen
5	„Autonome Nationalisten Oder-Spree“ (AN/OS) / „Freundeskreis Nationale Sozialisten Oder-Spree“ (NS/OS) – Eisenhüttenstadt, Frankfurt (Oder)
6	„Nationalisten Spremberg“ – Spremberg

<b>NPD-Mandate in Kreistagen und kreisfreien Städten</b>	
	NPD-Mandate in Kreistagen und kreisfreien Städten (17)
	Mandatsträger ist aus der NPD ausgetreten – agiert aber weiterhin im Sinne der NPD

<b>NPD-Mandate in Gemeindevertretungen (11)</b>			
<b>A</b>	1 x Fürstenberg (Havel)1	<b>F</b>	x Ludwigsfelde
<b>B</b>	2 x Oranienburg1	<b>G</b>	x Königs Wusterhausen
<b>C</b>	1 x Nauen	<b>H</b>	1 x Luckenwalde
<b>D</b>	1 x Mühlenbecker Land	<b>I</b>	1 x Jüterbog
<b>E</b>	1 x Woltersdorf	<b>J</b>	1 x Guben
<b>K</b>	1 x Biesenthal: Mandatsträger ist aus der NPD ausgetreten – ist inaktiv		



NEU: Der „Extremograph Brandenburg 2013“ visualisiert extremistische Strukturen und Standorte. Auf einen Blick könnten sich Interessierte über extremistische Aktivitäten in den Kreisen und im ganzen Land informieren. So zeigt der „Extremograph“ im Bereich des Rechtsextremismus die Orts- und Kreisverbände der NPD sowie die Verteilung ihrer kommunalen Mandate. Erfasst sind neonationalsozialistische „Freie Kräfte“, Hass-Bands, Immobilien sowie das Gewaltpotenzial.

Beim Linksextremismus werden autonome Gruppen, die „Rote Hilfe“ und die DKP abgebildet. Hinzu kommen zwei Bands mit Bezügen zum Linksextremismus. Zahlreiche Legenden erklären den „Extremograph“, so ist die Entwicklung politisch motivierter Gewaltstraftaten seit Anfang der 1990er Jahre dokumentiert. Weitergehende Informationen zum Thema, Bestellmöglichkeiten sowie die hochauflösende PDF-Datei finden Sie unter [www.verfassungsschutz.brandenburg.de](http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de)

**Erklärt:**

Das Wort „Extremograph“ ist eine Wortkombination aus „extrem“ (= „äußerst“) und „Graph“ (= „eine abstrakte Struktur, die eine Menge von Objekten mit den zwischen den Objekten bestehenden Verbindungen repräsentiert“ – Graphentheorie).

# Tausend Kilometer im Hochwassereinsatz Oder: Deichrettung um Mitternacht

**Das Jahrhunderthochwasser im Jahr 2002 kannte ich nur aus den Medien. Als die Wassermassen nach nur elf Jahren wiederkamen, war ich diesmal mittendrin.**

Thüringen und Sachsen waren schon betroffen. Wir waren also vorgewarnt.

In der Einsatzhundertschaft in Potsdam war klar, dass es nur eine Frage der Zeit sein würde, wann wir „rollen“.

Am Donnerstag, den 6. Juni 2013, fuhren wir erstmals in die Prignitz in den Einsatz. Bekleidungstechnisch waren wir auf fünf Tage eingestellt. Die Situation vor Ort in den Hochwassergebieten kannte ich bisher, wie viele meiner Kollegen, nur aus Zeitungen und Nachrichten.

Unsere Aufgabe in der Prignitz war es, die errichteten Schutzdämme zu bewachen und den Katastrophentourismus zu verhindern. Dennoch sollte es nach dieser einen Nachtschicht in Wittenberge vorerst wieder nach Hause gehen. Ab Freitag begann die Rufbereitschaft mit einer Alarmierungszeit von einer Stunde, in der man einsatzbereit auf der Dienststelle sein musste. Meine Tasche stand also gepackt vor dem Spind.

Am Freitag wurde dann ein fester Marschbeginn für Samstagabend, den 8. Juni, festgelegt.

Es sollte in den Süden Brandenburgs gehen – Mühlberg/Elbe.

Ich war als Kraftfahrer geplant und so fuhren wir mit „Sack und Pack“ in Richtung Mühlberg. Die Fahrt dorthin verlief ruhig, im Nachhinein: Ruhe vor dem Sturm.

Etwa eine Viertelstunde bevor wir unsere Unterkunft erreichten, kam der Funkspruch, dass sich die Situation in Quitzöbel, einem kleinen Ort ganz in

der Nähe von Wittenberge, dramatisch verschlechtert hatte. Ein Hochwasserschutzdamm war gerissen und Teile des Dammes waren bereits abgerutscht. So hieß es für uns: Runter von der Autobahn, rauf auf die Autobahn und mit meiner wohl bisher längsten Blaulichtfahrt und höchster Eile in die Prignitz. Ankunft in Quitzöbel: 00:00 Uhr.

Hier gab es für neun weitere Kollegen und mich Nässe-schutzhosen und Sicherungsleinen. Wir gaben viel Verantwortung in die Hände der Kollegen, die die Leinen hielten. Wir arbeiteten also mit unserer gesamten Hundertschaft bis morgens um etwa sieben Uhr.

Hüftief im Wasser, stapelten wir unzählige Sandsäcke an die beschädigte Dammseite, die sich über ungefähr 40 Meter erstreckte. Nach dieser Schicht konnte man ruhigen Gewissens einschlafen.

In den weiteren Einsatztagen beschäftigten wir uns wieder mit unserer originären Aufgabe, dem Bewachen der Dämme, Schutz vor Plünderung und sensationsgierigen Schaulustigen. Wie wir an den Reaktionen vieler Bürger merkten, verbreiteten wir und alle anderen Hilfskräfte ein deutliches Sicherheitsgefühl.

Rundum war es ein gelungener Einsatz, wobei mich der erste Einsatzstag mit dem Stapeln der Sandsäcke persönlich am meisten zufrieden gestellt hat.

Auch das ist es, was unseren Beruf als Polizeibeamter/in interessant macht und in der Gesellschaft mitunter andere Reaktionen als Wut hervorbringt – anderen Menschen helfen zu können.

■ PK BENJAMIN PASSLER  
EINSATZHUNDERTSCHAFT POTSDAM,  
1. ZUG



*Nacht und Nebel: Nach der Ankunft mitten in der Nacht sichert die Potsdamer Einsatzhundertschaft den Mitteldeich an der Wehranlage Quitzöbel. Der Deich hält.*



# Ein zweites Wunder von Mühlberg?



*Kerstin Höpner-Miech im Gespräch mit dem Kommandeur des Landeskommandos Brandenburg, Oberst Peter Arendt, und dem Leiter der PD Süd, Sven Bogacz*

**Dass es ein Jahrhunderthochwasser der Elbe und ihrer Nebenflüsse war, wurde 2002 vollmundig festgestellt, weil es nach relativ langer Zeit ein wirklich schweres Hochwasser war, das am Ende Milliarden Euro kostete.**

Es ahnte keiner, dass dieses Jahrhundert nur elf Jahre dauern sollte. Nun war es wieder da: Ein Extremhochwasser, welches nicht nur die Elbe und ihre Nebenflüsse, sondern auch die Donau und die Saale mit den Nebenflüssen betraf.

Man darf sich gar nicht erst angewöhnen, in Superlativen von solchen Ereignissen zu sprechen: Wir wissen nicht, was noch kommt. Beziehungsweise wann es kommen wird.

Wir wissen nur, dass solche Katastrophensituationen wieder kommen, wahrscheinlich in sehr überschaubaren Zeitabschnitten.

Das zweite Mal nach elf Jahren evakuiert zu werden, war für die einen selbstverständlich, um der drohenden Gefahr zu entkommen, und für andere undenkbar mit dem Argument: „2002 bin ich gegangen, ich gehe nicht noch einmal“. Das führte bei manchem zu dem fatalen Schluss, dass in „Mühlberg nichts passieren kann, es ist ja schon einmal gut gegangen“.

Bei den Evakuierungen fand ich das teilweise bedrückend. Am Ende gefährden gerade ältere Menschen, die nicht mehr freiwillig den Ort verlassen wollen, unnötig sich selbst und natürlich die Rettungskräfte. Ich wage nicht daran zu denken, dass die Hochwassersituation noch einmal ähnlich werden wird und eine erneute Evakuierung anstehen könnte. Noch einige mehr würden der Aufforderung zur Evakuierung wahrscheinlich nicht mehr Folge leisten.

Viel stärker als noch 2002 erlebte ich die Sorgen um die Tiere. Im ländlichen Raum sind es nicht einfach zwei Katzen und ein Hund. Nein, es sind zeitweise zehn Pferde, 40 Hühner und sechs Hunde oder eben 30 Kühe, 20 Kaninchen und zehn Schweine.

Für den Haushund und die Katzen stehen schnell Tierpensionen und freundliche Menschen zur Verfügung, aber für diese Mengen an Tieren? Wer soll die Tiere abholen, wer aufnehmen? Wer soll das bezahlen? Gerade Tierhalter waren nicht (noch einmal) zu bewegen, ihre Tiere zurückzulassen. Nur wenige hatten vorsorglich Tiere in Sicherheit gebracht.

Vielleicht dauert es eine Weile, um in den Köpfen und Herzen der Menschen das neue Zeitalter der zunehmenden Naturkatastrophen eben auch bei uns in Europa ins Bewusstsein zu bringen.

Um in Zukunft zumindest in einem gewissen Maß auf solche Ereignisse vorbereitet zu sein, reicht es nicht, nur ausreichend Kartenwerke und Simulationen zur Verfügung zu stellen. Parallel müssen auch Präventionsmaßnah-

men ergriffen werden. Und die jetzt nötigen Maßnahmen, wie zum Beispiel die Weiterarbeit an den Deichen, Freiziehen von Orten und die Zahlung von Entschädigungen oder die Schaffung von großräumigen Retentionsflächen entlang der Flussläufe, gehen hoffentlich nicht in der Sommerpause oder dem Wahlkampf unter.

Die Sommerpause geht vorbei – und auch die anstehenden Wahlen. Was aber gewiss kommen wird, ist die nächste Naturkatastrophe – die Tatkraft darf nicht nachlassen. Denn das Hochwasser im Jahr 2002 hat gezeigt, dass manche kluge Idee in der Sonne der ruhigeren Tage einfach zerfloss.

■ KERSTIN HÖPNER-MIECH  
PFARRERIN UND NOTFALLSEELSORGERIN, MÜHLBERG/ELBE



*Danke: Ehrlicher Dank und Anerkennung wurden den Helfern an vielen Orten zuteil.*

# Hochwasser in Wittenberge

Vom 6. bis 19. Juni 2013 führte die Polizeidirektion (PD) Nord ihre Einsatzmaßnahmen aufgrund des Hochwassers der Elbe als BAO. Teilweise waren deutlich über 100 Beamte in zwei Schichten täglich im Einsatz. Eingesetzt wurden hier Kollegen und Kolleginnen aus allen Organisationseinheiten der Direktion, Unterstützung kam aber auch von der PD Ost sowie von der Fachhochschule der Polizei.

Ein besonderer Part kam naturgemäß den Einsatzhundertschaften und der Technischen Einsatzeinheit der Bereitschaftspolizei zu. Eingesetzt waren hier im Wechsel alle vier Hundertschaften (wie auch die anderen Kräfte) vorrangig zu Sicherungs- und Verkehrsmaß-

nahmen. Die Taucher waren aber auch mit unmittelbaren Aufgaben in der Deichverteidigung, z.B. beim Sichern des Deiches von Garsedow mit Planen oder dem Bergen von Treibgut, befasst.

Als in der Nacht zum 9. Juni der Mitteldeich zwischen Havel und Elbe zu brechen drohte, rettete die Potsdamer Einsatzhundertschaft die Situation. Noch in der Nacht verbauten die Bereitschaftspolizisten Unmengen von Sandsäcken, zum Teil auch vom Wasser aus. Innenminister, Landrat und die Bürgermeister sowie zahlreiche Bürger der Elbanlieger dankten den Polizeibeamten mehrfach vor Ort.

■ TORALF REINHARDT  
PRESSESPRECHER PD NORD



*Deichbau und hoher Besuch: Brandenburger Polizisten sichern Deiche in der Prignitz. Bundeskanzlerin Angela Merkel besucht freiwillige Helfer und Einsatzkräfte an der Ölmühle in Wittenberge. Innenminister Dietmar Woidke gemeinsam mit dem Pressesprecher der PD Nord, Thoralf Reinhard.*



# Bewährte Einheitsausbildung

Der Vorbereitungsdienst des Polizeivollzugsdienstes

Die Fachhochschule der Polizei trägt neben einer Reihe anderer Aufgaben seit vielen Jahren die Verantwortung für die Ausbildung des mittleren und das Studium des gehobenen Polizeivollzugsdienstes.



*Gemeinsam Lernen: Polizei-anwärter auf dem Gelände der FH-Pol Brandenburg*

**Durch die bewährte breite Grundausrichtung vermitteln Ausbildung und Studium eine einheitliche berufsbildende Qualifizierung und ermöglichen damit die Verwendungsmöglichkeit der Polizeianwärter in nahezu allen Bereichen der Polizei.**

## Einheitliche Ausbildung aller Polizisten

Die Ausbildung von Polizisten muss zeitgemäß sein und sich veränderten Anforderungen an den Beruf stellen. Vor diesem Hintergrund wurden sowohl Studium als auch Ausbildung in den letzten Jahren umfassend reformiert, sie erfolgen auf hohem Niveau und auf der Grundlage eines wohl-durchdachten Konzepts. Dabei wurde seit jeher nicht von der Ausbildung des Polizeinachwuchses im Sinne von Generalisten abgerückt.

Die Grundlage eines jeden Berufs ist das Sammeln von Erfahrungen, um theoretisch erlangtes Wissen umzusetzen und zu festigen. Daher gilt auch in der

Brandenburger Polizei, dass jeder Beamte zunächst die grundsätzliche Polizeiarbeit beherrschen soll und sich später nach seiner Fähigkeit spezialisieren kann. Die generalistisch ausgerichtete Ausbildung trägt einem modernen Hochschulverständnis Rechnung und stößt innerhalb der Polizei auf eine breite Akzeptanz. Sie bewährt sich auch mit Blick auf die Zukunft, da eine perspektivisch weiter sinkende Stellenanzahl in der Polizei umso mehr die multiple Verwendungsfähigkeit von Absolventen erfordert. Die Flexibilität durch spätere Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Verwendung kann zudem durchaus auch einen Beitrag zur Erhöhung der Berufszufriedenheit leisten.

## Kritik der Staatsanwaltschaft

Ob der Weg eines "Einheitspolizisten", der universell einsetzbar ist, tatsächlich der richtige Weg ist, sich den aktuellen und zukünftigen Anforderungen zu stellen, wird seit Jahren und auch ganz

aktuell wieder kontrovers diskutiert. Gefordert wird immer wieder eine kriminalpolizeiliche Spezialisierung während der Ausbildung oder des Studiums, die so genannte "Y-Ausbildung".

Da die Bildungsgänge in der Polizeiausbildung einer ständigen Qualitätskontrolle unterzogen und weiter entwickelt werden, kann begründete Kritik aus der Praxis der polizeilichen Arbeit durchaus auch immer wertvolle Hinweise zur Verbesserung des Bildungsangebotes liefern. Jedoch sollte dies nicht zwangsläufig dazu führen, an der seit mehr als 20 Jahren bewährten Polizeiausbildung zu zweifeln. Immerhin bildet auch ein überwiegender Teil der anderen Länder seine Polizisten in Einheitsausbildung aus.

Die derzeit in mehreren Bundesländern publizierte Kritik an der Qualität kriminalpolizeilicher Arbeit ist grundsätzlich nachvollziehbar, beschreibt sie doch das bekannte Phänomen der Wissenshalbwertszeit. Spezielles Wissen z.B. zur Bearbeitung von Ermittlungsverfahren kann nach jahrelangem



Einsatz in der Bereitschaftspolizei oder im Wachdienst verloren gegangen sein. Fraglich ist jedoch, ob die Lösung dieses Problems eine spartenspezifische Ausbildung, gegliedert nach Schutz- und Kriminalpolizei, wäre. Auch in einem spezialisierten Studium geschieht es, dass Absolventen, die für eine längere Zeit in einem bestimmten Bereich gearbeitet haben und ihr berufliches Umfeld ändern, zunächst neue berufsbezogene Kompetenzen erwerben müssen.

### Basisweiterbildung zur Wissensauffrischung

Genau an diesem Punkt setzt in der Brandenburger Polizei die Weiterbildung der FHPol an. So bietet der Bereich „Fachliche Spezialisierung“ aufbauend auf Ausbildung und Studium sowie unter Berücksichtigung der bundesweiten Fortbildungskonzeption zur „Neuausrichtung der kriminalpolizeilichen Spezialfortbildung“ eine fachliche und rechtliche Spezialisierung für Kriminalisten und Kriminaltechniker. Darüber hinaus werden zum Erhalt und zur Vertiefung des in Ausbildung und Studium erworbenen Wissens Basisseminare angeboten. Ergebnis der aktuellen fachlichen Diskussion könnte jedoch durchaus sein, den Stellenwert der kriminalpolizeilichen Fortbildung noch weiter zu erhöhen.

### Neu: Von der Fachhochschule direkt zur Kripo

Zudem ist es seit der Polizeistrukturenform möglich, dass mehr Anwärter ihre Erstverwendung im Bereich der Kriminalpolizei absolvieren. Dies ist in der Vergangenheit nur in Ausnahmefällen erfolgt. Alle Absolventen der FHPol verfügen über kriminalpolizeiliche Fachkenntnisse, die nach dem jeweiligen Bedarf der Verwendung in der Kriminalpolizei durch zielgerichtete Fortbildung vertieft werden können. Dies erfolgte bis 2011 ausschließlich nach der Ausbildung und im Anschluss an die Erstverwendung. Betrachtet man jedoch die Altersabgänge in der Kriminalpolizei, wird deutlich, dass es ohne zusätzliche Maßnahmen nicht möglich sein wird, den Bedarf an Nachersatz vollständig zu decken. Zur Sicherung des personellen Nachsatzes soll die Erstverwendung in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung daher in größerem Umfang vorgenommen werden.

Um eine Auswahl unter den Studierenden treffen zu können, die an einer direkten Verwendung in der Kriminalpolizei interessiert sind, soll bereits



während des Studiums eine Konzentration auf kriminalpolizeiliche Themenfelder erfolgen. Interessenten sollten sich im Fachpraktikum, innerhalb der Wahlpflichtmodule und auch in der Bachelor-Thesis vertieftes kriminalpolizeiliches Wissen aneignen. So kann bereits während des Studiums eine zielgerichtete Vorbereitung auf die Erstverwendung in der Kriminalpolizei erfolgen, ohne aber eine unumkehrbare Weichenstellung des beruflichen Weges vorzunehmen.

Diese Verfahrensweise vereint die Vorzüge, die in der Flexibilität der Einheitsausbildung liegen, mit den Forderungen nach einer spezialisierten Ausbildung und stellt einen guten Mittelweg dar. Späteren Verwendungswünschen, die sich erst im Laufe der persönlichen und beruflichen Entwicklung der Nachwuchskräfte ergeben, kann damit ebenso gut Rechnung getragen werden wie den Anforderungen der kriminalpolizeilichen Spezialisierung.

■ FRANZISKA KRUSCHEL  
MI, REFERAT 43

#### SPARTENAUSBILDUNG

Anwärter erhalten von Beginn an entweder eine kriminal- oder schutzpolizeiliche Ausbildung.

#### Y-Ausbildung

Ausbildung bzw. Studium erfolgen zunächst gemeinsam, im weiteren Verlauf werden die Anwärter getrennt nach Kriminal- oder Schutzpolizei ausgebildet.

#### Einheitsausbildung

Ausbildung und Studium erfolgen jeweils einheitlich sowohl mit kriminal- als auch schutzpolizeilichen Inhalten.

# Polizei-Hauptpersonalrat stellt sich neu auf

**Jörg Göhring ist neuer Vorsitzender des Polizei-Hauptpersonalrates (P-HPR). Das Gremium wählte den 50-jährigen Potsdamer am 14. Mai 2013 zum Nachfolger der bisherigen Vorsitzenden Petra Schäuble.**

Die Wahl war notwendig geworden, nachdem Petra Schäuble altersbedingt aus dem Amt ausgeschieden war. An dieser Stelle nochmal ein ganz großes Dankeschön an Petra Schäuble, die über zwei Jahrzehnte aktiv die Arbeit der Personalvertretung und insbesondere des P-HPR nachhaltig geprägt hat. Petra, wir wünschen dir für deinen neuen Lebensabschnitt alles erdenklich Gute, vor allem aber viel Gesundheit und Glück im Kreise deiner Familie.

Als weiteres Mitglied wurde Frank Templin in den Vorstand des P-HPR gewählt.

Hier der neue P-HPR-Vorstand im Überblick:

## Vorsitzender

### JÖRG GÖHRING

PP/Behördenstab

0331 866 2040

joerg.goehring@mi.brandenburg.de

## Stellvertretender Vorsitzender

### ANDREAS SCHUSTER

PP/Direktion Süd

(0331) 866 2045

heike.radtke@mi.brandenburg.de

## Vorstandsmitglied (Gruppe Beschäftigte)

### FRANK SCHNEIDER

ZDPol

(0331) 866 2042

frank.schneider@polizei.brandenburg.de

## Vorstandsmitglied

### FRANK TEMPLIN

PP/Direktion Ost

(0331) 866 2043

frank.templin@mi.brandenburg.de

## Vorstandsmitglied

### WOLFGANG BRITT

PP/Direktion Ost

(0331) 866 2044

wolfgang.britt@mi.brandenburg.de

## Geschäftsdienst

### HEIKE RADTKE

MI

(0331) 866 2041

heike.radtke@mi.brandenburg.de

## Zur Person

### JÖRG GÖHRING

(50)

Erster Polizeihauptkommissar, lebt in Potsdam Verheiratet, drei erwachsene Töchter aus erster Ehe



1982

Eintritt in die Bereitschaftspolizei in Potsdam-Eiche

1983–1986

Studium an der Mdi-

Versorgungsschule in Bautzen

1986–1990

Offizier für Bewaffnung in der

3. VP-Bereitschaft

1990–2002

verschiedene Funktionen

im Bereich Technik/Logistik

der Bereitschaftspolizei/

Landeseinsatzinheit

2002–2009

Personalratsvorsitzender

der Landeseinsatzinheit

im Vorstand des Polizei-

Hauptpersonalrates

Seit 2009



*Vorsitzende geht: Innenminister Dietmar Woidke verabschiedete im März Petra Schäuble.*

DGB

## Umsetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Gemeinsamer Initiativantrag des P-HPR und der Gleichstellungsbeauftragten des MI für Mitarbeiterbefragung zur Umsetzung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Polizei des Landes Brandenburg erarbeitet

Anfang 2011 wurde durch die Vorsitzende des P-HPR und den Innenminister die Rahmendienstvereinbarung zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterzeichnet. Ihr voran ging ein intensiver Prozess gemeinsamer Beratungen mit Führungskräften der Polizei, Personalräten und Beauftragten zur Frage, wie kann, soll und muss sich unsere Organisation aufstellen, um das Spannungsfeld zwischen dienstlichen Anforderungen und familiären Pflichten zu verringern.

Wir denken, dass es nach über zwei Jahren an der Zeit ist zu hinterfragen, was sich seitdem getan hat. Wie wird die Rahmendienstvereinbarung im täglichen Dienst gelebt oder ist sie überhaupt bekannt? Wie familienfreundlich sind unsere Dienststellen geworden? Welche Widerstände gibt es? Welche konkreten familienfreundlichen Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind gescheitert?

Gerade vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen durch die Polizeistrukturreform und der Umbrüche in unserer Organisation ist es wichtig zu erfahren, wie „organisieren“ sich junge Familien/Alleinerziehende und pflegende Kolleginnen und Kollegen und welche Spannungsfelder/Widerstände sind zu überwinden.

Deshalb haben wir gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten einen Fragenbogen erarbeitet. Dieser soll auf freiwilliger und anonymer Basis dazu beitragen, gezielt Ansatzpunkte, Wünsche oder Probleme zusammenzutragen, daraus geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie abzuleiten und in den Dienststellen umzusetzen.

Die Befragung ist für das 2. Halbjahr geplant und soll überwiegend über die Intranetplattform abgewickelt werden. Über den Start werden wir rechtzeitig informieren.

Wir fordern alle Beschäftigten der Brandenburger Polizei auf, sich an der Mitarbeiterbefragung zu beteiligen und damit einen breiten Dialog für mehr Familienfreundlichkeit anzustoßen.

**Jörg Göhring**  
P-HPR- Vorsitzender



Vereinbarkeit  
von Familie und Beruf  
gestalten



**Erfolgsfaktor  
Familie**

# Praktische Hinweise beim Anhalten von Fahrzeugen

Das Anhalten von Fahrzeugen und die Durchführung von Verkehrskontrollen gehören zum täglichen Brot der meisten Polizeibeamten im Land. Sind das also Aufgaben, die sich problemlos mit gewohnten Routinen bewältigen lassen? Oder können auch dabei besondere Gefahren lauern?

Die letzte Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen hat gezeigt, dass auch in diesen Bereichen Übergriffe auf Polizeibeamte relativ häufig sind. Gerade im Verkehrsbereich, und hier besonders bei Verkehrskontrollen, besteht für die Polizeibeamten im Land Brandenburg ein erhöhtes Gefahrenpotential. Während zwischen 2005 und 2009 bundesweit 8,6 % der Übergriffe mit anschließender Dienstunfähigkeit von mindestens einem Tag bei Verkehrskontrollen erfolgten, waren es im Land Brandenburg sogar 15,5 %. Was können wir tun, um diese Zahl zu senken?

Das Risiko für die Polizeibeamten lässt sich durch

- geschicktes taktisches und kommunikatives Handeln,
- die Aus- und Weiterbildung sowie
- über eine Verbesserung der Ausstattung

senken. Entscheidend für die Sicherheit ist letztendlich aber das konkrete Verhalten der Polizeibeamten selbst im Einsatz. Was kann jeder einzelne Beamte tun, um seine eigene Sicherheit und die seiner Kollegen beim Anhalten von Fahrzeugen und Verkehrskontrollen zu erhöhen?

Das Anhalten kann sowohl **aus dem Stand** heraus mit einem Anhalteposten als auch mit dem Funkwagen aus der Bewegung erfolgen. Für beide Bereiche bietet der Leitfaden 371 wichtige Hinweise zur Eigensicherung, die auch die Grundlage für die landesweit einheitlichen Trainingsstandards im Einsatztraining bilden.

Hierbei bildet das **Polizeiliche Einsatzmodell (PEM)** die taktische Grundlage für unser polizeiliches Handeln. Bereits in der Vorbereitungsphase gilt: Eine intensive Absprache im Vorfeld unter Nutzung aller zur Verfügung stehenden Führungs- und Einsatzmittel (FEM) ist die Grundlage für die erfolgreiche Einsatzbewältigung.

Beim Anhalten von Fahrzeugen **vom Fahrbahnrand aus** spielen besonders die Wahl des Anhalteortes, der Anhaltmethode und die Verwendung geeigneter FEM eine erhebliche Rolle. So

sollte der Anhalteort übersichtlich und nachts beleuchtet sein. Grundsätzlich sollten Fahrzeuge nur an solchen Stellen angehalten werden, an denen weder die eingesetzten Kollegen, noch der fließende Verkehr gefährdet oder unverhältnismäßig behindert werden. Informieren Sie immer die Leitstelle über Anlass und Ort der Maßnahmen, tragen Sie Ihre Schutzweste und die entsprechende Sicherheitsbekleidung. **(Bild 1)**

Nehmen Sie die Pkw-Sicherungsstellung ein! Diese ermöglicht es sowohl dem Sichernden an der Beifahrer- als auch dem Einschreitenden an der Fahrerseite, die Handlungen der Insassen des Fahrzeuges im Auge zu behalten. Der Sichernde sollte seine Position so einnehmen, dass seine Aufgabe für alle Beteiligten deutlich erkennbar wird. Erst wenn der sichernde Beamte seine Position eingenommen und seine Beobachtungen gemeldet hat, sollte der Kontrollierende an das Fahrzeug herantreten. **(Bild 2)**



1

*Eindeutige Zeichen des Anhaltepostens*



Rechnen Sie stets damit, dass der Fahrzeugführer sein Fahrzeug auch als Waffe benutzen kann!

Sollte es nötig sein, Personen aus dem Fahrzeug aussteigen zu lassen, um diese weiter zu kontrollieren, sollte dies am rechten Fahrbahnrand erfolgen. Auch hier sollte durch das Streifenteam eine entsprechende Sicherungsstellung eingenommen werden. **(Bild 3)** Wichtig ist hier besonders die Einhaltung der Abstände zwischen den Polizeibeamten und der zu kontrollierenden Person. Wie auch bei der Pkw-Sicherungsstellung, sollte sich ein Beamter ausschließlich auf die Sicherung konzentrieren und keine weiteren Aufgaben wahrnehmen.

Beim Anhalten aus der Bewegung stellt der Anhaltevorgang von hinten mit Anhaltesignalgeber die sicherste

Möglichkeit dar. Bei Streifenwagen, in denen vorn die Kamera eingebaut ist, bietet dieses Vorgehen die einzige Möglichkeit, den Anhalte- und Kontrollvorgang auch auf Video aufzunehmen. **(Bild 4)** Der Anhaltevorgang sollte erst in räumlicher Nähe einer geeigneten Stelle eingeleitet werden. Beachten Sie bei der Annäherung die Fahrweise des Fahrzeugführers und das Verhalten der anderen Insassen! Vielleicht werfen diese ja Gegenstände aus dem Fahrzeug, tauchen ab oder verstecken etwas?

Bereits im Fahrzeug sollten Sie die Datenabfrage durchführen und sich über das weitere Vorgehen absprechen. Um auch von der Fahrerseite sicher an das Fahrzeug herantreten zu können, sollte der Streifenwagen in ca. 5 m Abstand versetzt hinter dem zu kontrol-

lierenden Fahrzeug abgestellt werden. **(Bild 5)** Entscheidend für die Eigensicherung ist, dass auch in scheinbar harmlosen Situationen beide Polizeibeamte aus dem Dienstfahrzeug aussteigen und die Pkw-Sicherungsstellung einnehmen! Eine lageangepasste Kommunikation während der Kontrolle kann entscheidend dazu beitragen, aggressives Verhalten zu entschärfen oder zu vermeiden.

Unmittelbar nach der Fahrzeugkontrolle sollte diese – so wie jeder Einsatz – nachbereitet werden. Besonders Fragen der Taktik, Kommunikation und der Eigensicherung sollten hier besprochen und Schlussfolgerungen für die folgenden Einsätze getroffen werden.

■ DR. REINHARD MUSSIK, DANIEL REX  
FHPOL – LEHRTRAINER EINSATZTRAINING

*Pkw-Sicherungsstellung*

2



*Sicherungsstellung Person*

3



4

*STOP POLIZEI – und immer im Blick der Kamera*



5

*Funkstreifenwagen als Schutz*

# App jetzt geht's los

„Dafür gibt's doch schon 'ne App“ lautet seit einiger Zeit die Standardantwort vieler Smartphone-Besitzer auf die Frage, wie und wo man eine bestimmte Information findet. Brandenburgs Polizei hatte Ende April 2013 ihre erste App veröffentlicht, zunächst für Apple-Geräte.

Die Polizei-App erlaubt Zugriffe auf einen „Dienststellenfinder“, aktuelle Polizeimeldungen und -fahndungen, Warndienste und ein Notruftelefon inklusive Standortanzeige. Im Laufe des Jahres soll eine App für das Betriebssystem Android von Google folgen.

Den Startschuss zur Entwicklung der App gab die Polizeiabteilung des Ministeriums des Innern. Der ZDPol (Landeswebredaktion/Internetwache) wurde mit der Umsetzung beauftragt. Ziel war eine Anwendung, die einfach und intuitiv bedienbar die wichtigsten Inhalte der Internetwache für diesen Kommunikationsweg aufbereitet. Schnell war in der LWR/Internetwache jedoch auch klar, dass die Entwicklung von Apps das übliche Erfahrungswissen überschreitet. Der Grat zwischen „gut gemeint“ und „gut gemacht“ ist hier sehr schmal.



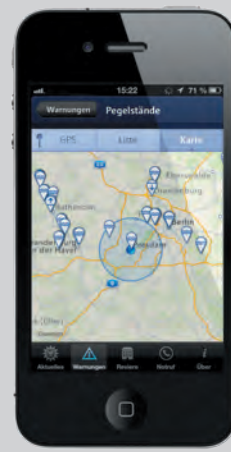
Notruffunktion mit Standortanzeige – Verbindung mit der 110 aufnehmen



Meldungen – Polizeimeldungen und Fahndungen, Filtern nach Landkreisen möglich



Waldbrandwarnstufen nach Landkreisen in Listen- oder Kartenansicht gefiltert



Pegelstände der Brandenburger Bundeswasserstraßen in Listen- oder Kartenansicht

## Polizei Brandenburg - Customer Reviews

### Customer Reviews

All Versions (5) Current Version (5)

Germany RSS

#### Sehr gute App! \*\*\*\*\*

by tPoD - Version 1.0 - May 2, 2013

Sehr informativ und übersichtlich. Die Möglichkeit Bilder heran zu zoomen wäre schön. Ansonsten sehr durchdacht und prima umgesetzt!

#### Die ist ja mal richtig gut ... \*\*\*\*\*

by BPWS - Version 1.0 - May 1, 2013

... gemacht. Klar strukturiert, sehr informativ und aktuell. Ein Lob den Machern.

#### V1.0 Top \*\*\*\*\*

by Razze2010 - Version 1.0 - Apr 28, 2013

Für die 1.0 wirklich Super! Ideen für V1.1: - Zoom bei Fahndungsbildern - Fahndungsmeldungen über Facebook teilen - Alter der Verkehrsmeldungen in der Frontmaske sichtbar. Min/Stunde/Tage V4.0 ;) - Übermittlung der GPS Daten an die Leitstelle

#### .....topi..... \*\*\*\*\*

by Ddrauer - Version 1.0 - Apr 28, 2013

.....

#### Gut gemacht! \*\*\*\*\*

by Dexter Morgan 2013 - Version 1.0 - Apr 26, 2013

Gut gemacht!

Um dennoch eine ansprechende App anbieten zu können, wurde mit dem Lehrstuhl für Oberflächengestaltung an der Fachhochschule Potsdam (FHP) ein Partner gewonnen, der die Wünsche der Polizei für mobile Betriebssysteme sehr präzise umsetzen konnte. Gleichzeitig engagierte die FH Potsdam ein Entwicklerteam, welches sich auf Apple-Geräte spezialisiert hatte. Somit sollte sichergestellt werden, dass sich Apple-Nutzer intuitiv in der App zurechtfinden.

Schwieriger gestaltete sich die Frage, was die App alles können solle.

Die Ideen reichten von Polizeinachrichten und Revierfinder über Notfall-SMS und Bild-Übertragungen. „Kann man es sicher und einfach umsetzen?“ sowie „Nützt es dem Bürger?“ hießen die wichtigsten Hürden, welche die zukünftigen Inhalte der App nehmen mussten.

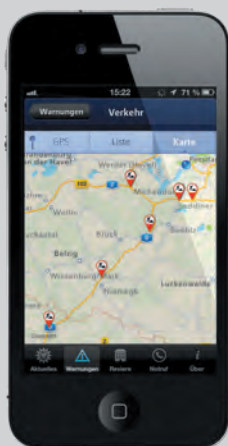
Nach erfolgreicher Umsetzung der Android-App ist perspektivisch z.B. die Einbindung der Berliner Polizeidienststellen denkbar, damit die Brandenburger auch in der Hauptstadt schnell und sicher zum nächsten Revier finden. Welche Wünsche und Bedarfe tat-

sächlich entwickelt werden, legt das seit Jahresbeginn bestehende „Fachgremium Webportale“ fest. Das Gremium setzt sich aus Vertretern von Innenministerium, Präsidium, Fachhochschule und Zentraldienst zusammen und wird durch LWR/Internetwache koordiniert.

■ NORBERT REMUS  
LEITER LANDESWEBREDAKTION /  
INTERNETWACHE



*Verkehrswarmeldungen – Anzeige der Verkehrsmeldungen in einer Listen- oder Kartenansicht*



*Revieranzeige – Inspektionen und Reviere in Abhängigkeit vom Standort des Nutzers*



*Detailansicht mit Kontaktdaten, Ansicht und Öffnungszeiten des Reviers*



# Leserbriefe



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

oft gibt es ebenso viele Meinungen wie Mitarbeiter. Das ist auch gut so! Sie möchten der Redaktion Ihre Meinung mitteilen? Schicken Sie uns einfach einen Leserbrief an unsere E-Mail-Adresse: [info110@mi.brandenburg.de](mailto:info110@mi.brandenburg.de) oder schreiben Sie an:

*Ministerium des Innern,  
Redaktion info110,  
Henning-von-Tresckow-  
Straße 9-13  
14467 Potsdam*

## Mehr Fachbeiträge

Ich finde die aktuelle Ausgabe der *info110* wie auch überhaupt die letzten Ausgaben vom Layout her absolut auf Höhe der Zeit. Die Optik kann sich wirklich sehen lassen!

Besonders gut gefallen hat mir die Reportage über ZENTRAB, weil dort zahlreiche Mitarbeiter zu Wort kamen und auch der Artikel insgesamt angenehm kompakt und übersichtlich ist. Diese Mitarbeiterperspektive finde ich überaus interessant. Schade finde ich, dass eigentlich keine negativen Meinungen darunter sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass alle Fans von ZENTRAB sind. Für mich gehört die Erörterung von „für und wider“ dazu.

Was ich mir für die *info110* wünsche, sind Fachbeiträge von Wissenschaftlern oder auch anderen hochkarätigen Experten. Wir haben einige in unserer Polizei. Wer z. B. die Berliner Polizeischriftschriften studiert, findet dort regelmäßig Abhandlungen über alle möglichen polizeilichen, vor allem rechtlichen Problemstellungen. Dabei sollte sich natürlich jeder bewusst sein, dass hier nur die (Rechts-) Auffassung des jeweiligen Autors wiedergegeben wird und insofern keine allgemeingül-

tige Behandlung des Themas erfolgt. Aber trotzdem regt es zum Nachdenken an und erweitert den Horizont.

So etwas wünsche ich mir auch für unsere *info110*.

Ich habe auch den Eindruck, dass die *info110* immer einen Spagat zwischen Mitarbeiterzeitschrift und nach außen gerichtetem Imagerträger versucht. Vielleicht sollte man hier trennen (zwei Zeitschriften?) oder vielleicht die *info110* klarer als interne Zeitschrift aufstellen. Vielleicht fällt es dann auch leichter, Beiträge mit unterschiedlichen Meinungen zu veröffentlichen und vor allem zur Diskussion einzuladen.

*Christian Martin  
Leiter der Geschäftsstelle des  
Landespräventionsrats Brandenburg*

## Übersichtlicher bitte

Positiv: Das Frontcover ist anschaulich gestaltet. Mit dem Zeitschrifteninhalt wird ein großes Spektrum der Polizeiarbeit beleuchtet. Das Titelthema ist kreativ umgesetzt. Mit den „Interviewartikeln“ wird Interesse geweckt, Wissen vermittelt u ein Aufgabenbereich greifbar gemacht.

Negativ: Bei dem einen oder anderen Thema sind bzw. wirken die Seiten etwas überfrachtet. (Kleine Infoartikel, unterschiedliche Größe von Teilüberschriften usw.). Ebenso sollte für die komplette Zeitschrift (Seiten, Infokästen) eine jeweils einheitliche Farbe verwendet werden.

*Alex*

## Danke sagen

Ich habe mit Begeisterung die aktuelle Ausgabe der *info110* gelesen, eher verschlungen.

Ich denke es ist Zeit, einmal Dankeschön zu sagen. Dankeschön für eine Zeitschrift, die in mein Herz trifft. Die „*info*“ ermöglicht mir immer wieder einen tiefgründigen, ehrlichen Blick über den eigenen Tellerrand. Besonders gut finde ich, dass ihr es schafft kurz und knapp, knackig verpackt, Infos über

die breitgefächerte Struktur, über die Dinge, die mich und meine Kollegen immer wieder zu Diskussionen, Überlegungen und auch Vermutungen veranlassen, zu berichten wisst. Sehr schade, dass es die Ausgabe nur einmal jährlich gibt. Die letzte Ausgabe hat mich ganz schön stolz gemacht. Stolz auf den selbsterwählten Beruf, der mir in seinen vielfältigen Facetten so gar nicht immer bewusst ist. Danke liebes *info110*-Team. Macht weiter so!  
*Kerstin Eckbrett, Revierpolizistin,  
PI Havelland*

## Nachbestellt

Die neue Gestaltung der *info110* kommt beiden Kollegen gut an. Eine neue Erfahrung für mich ist, dass Exemplare nachgefordert werden und dies spricht für sich. Es spricht an, dass die Texte glaubhaft von persönlichen Erfahrungen, Haltungen, und Erwartungen sprechen. Auch kritische Aspekte der Polizeiarbeit werden angesprochen und nicht ausgespart. So habe ich den Artikel zu Schwerlasttransporten an der Wandtafel des WWD in Finsterwalde gesehen. Sie finden sich wieder mit ihren Problemen. Es werden am Anfang keine ellenlangen Vorworte von politischen Amtsinhabern mehr veröffentlicht – gut so. Die *110* ist auf dem richtigen Weg.

*Ines Filohn, Pressesprecherin PD Süd*

## Filmfan

Ein Lob für die letzte Ausgabe, wirklich sehr gut gelungen. Zwar hab ich meine SüGru vermisst, aber wir sind ja bloß SONDER- und nicht Spezialüberwachung...

Zurück zur Ausgabe. Besonders gut hat mir die Filmkritik gefallen. War mal was ganz anderes und solltet Ihr beibehalten. Gibt schließlich genügend entsprechend thematische Polizeifilme.  
*Falko*

Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.





**Richard Thies**  
**„HALT, STEHENBLEIBEN!  
 POLIZEI!“**

*Aus dem Leben eines Ermittlers*  
 Deutscher Taschenbuchverlag  
 Preis: 10,20 Euro



„Halt, Stehenbleiben! Polizei!“ ist das zweite Buch von Richard Thies. Nachdem er sein erstes Buch „Mordkommission“ einem sehr speziellen Bereich kriminalpolizeilicher Arbeit widmete, befasst er

sich nun mit der alltäglichen kriminalpolizeilichen Arbeit. Thies greift auf fast vierzig selbst erlebte Fälle als Kriminalist bei der Münchener Polizei in den Jahren von 1977 bis 2001 zurück. Im Mittelpunkt stehen dabei Eigentumsdelikte der unterschiedlichsten Couleur – vom einfachen Fahrraddiebstahl bis hin zu organisierten Diebesbanden, vom kleinen Ganoven nebenan bis hin zu international organisierten Strukturen. Die mal kurios, mal tragisch und mitunter auch absurd anmutenden Episoden bieten einen interessanten Blick hinter die Kulissen. Thies hat seine Fälle in Kurzgeschichtenform gebracht und schildert diese in ganz normaler Alltagssprache aus der Ich-Perspektive, was die hier präsentierten Geschichten umso authentischer macht. Der Autor versteht es gekonnt Pointen zu setzen und durch seinen ganz eigenen Stil Unterhaltung und Spannung miteinander zu verknüpfen. Dabei gelingt es ihm, Emotionalitäten und Verständnis für das „Gute“ zu wecken und nebenbei die Herausforderungen und Anstrengungen des Kriminalisten-Alltags zu vermitteln. Das hohe Maß an Einsatzbereitschaft, Eigeninitiative und Flexibilität rückt er dabei besonders in den Mittelpunkt.

Zwischen den Zeilen lässt er dann auch die ein oder andere Kritik am System nicht aus und bringt seine Botschaft: „Die Erfahrungen aus dem Dienstalltag sind die besten Lehrmeis-

ter“, gekonnt unter. Ich war überrascht von der Vielfältigkeit seiner Erlebnisse. Diese Bandbreite an Fällen dürfte nicht jedem Ermittler vergönnt sein.

Alles in allem eine solide Unterhaltungslektüre, die sich Fall für Fall „wegliest“. Empfehlenswert für die kleine Lesepause zwischendurch – egal ob in der S-Bahn oder im Liegestuhl auf dem heimischen Balkon.

Zum Autor: Richard Thies ist 1952 geboren. Bevor er zur Bayrischen Polizei ging arbeitete er als Kaufhausdetektiv und war Zivildahnder bei den Feldjägern.

■ ANN MATTHIES, MI, REF. 44

**Michael Brenning,  
 Heribert R. Brenning, Dieter Stepp**  
**STEUERFIBEL FÜR DEN  
 POLIZEIBEREICH**  
 Verlag Deutsche Polizeiliteratur  
 Preis: 10,15 Euro



Für Viele ist sie ein notwendiges Übel – die jährliche Steuererklärung. Wer diese Arbeit nicht dem Profi überlässt und selbst rechnet, muss sich gut auskennen. Denn, das Finanzamt zahlt nur das zurück,

was in der Steuererklärung gefordert wird und belegt werden kann. Darüber hinaus - nichts! Als Polizeiangehöriger gibt es dabei Einiges zu beachten. Dieses Buch, inzwischen in der 33. Auflage erschienen und immer auf den neuesten Stand der Steuergesetzgebung gebracht, geht speziell auf Besonderheiten des Polizeiberufes ein.

Der Versetzung folgt der notwendige Umzug? Sie sind Pendler oder Wochenendheimfahrer? Sie sind an wechselnden Einsatzstellen tätig? Wie kann ich bei Eis und Schnee Steuern sparen? Welche Kosten erkennt das Finanzamt für die Reinigung der Dienstkleidung an? Wie werden Arbeitsmittel und das häusliche Arbeitszimmer gefördert?

Diese Fragen und Vieles mehr werden geklärt. Das Buch hilft dabei, klar

darzulegen, welche Ansprüche bestehen und diese zu begründen. Mit über 500 Tipps und Tricks finden sich auch versteckte Aufwendungen, die geltend gemacht werden können.

Software-Versionen von Steuersparbüchern haben sich längst am Markt durchgesetzt. Mit Logikprüfung und Schlagwortsuche sind sie eine durchaus passable Wahl, wenn es darum geht, die eigene Steuererklärung ohne großen Aufwand zu erledigen. Dennoch enden speziell zugeschnittene Steuertipps meistens bei sehr groß gefassten Gruppen, etwa Arbeitnehmer, Beamter oder Selbständiger. Die Steuerfibel für den Polizeibereich ist hier sehr viel gründlicher. Mit Beispielsachverhalten werden auch komplizierter Berechnungen nachvollziehbar dargestellt. Daher taugt die Fibel durchaus als gute Unterstützung bei der nächsten Steuerklärung. Auch bei Nutzung von Software-Programmen kann sie als zusätzliches Nachschlagewerk hilfreich sein.

Mit ein wenig Zeit und Interesse macht sich diese Lektüre im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt.

Übrigens: Die spezielle Steuerfibel für die Berufsgruppe Polizei inklusive des Steuerberechnungsprogramms (CD-ROM) ist ebenfalls im VdP-Verlag erschienen und im Paket für 19,80 Euro zu erwerben.

■ KATRIN LAURISCH  
 INFO110-CHEFREDAKTEURIN

**Holger Nimtz**  
**STRAFPROZESSRECHT  
 FÜR POLIZEIBEAMTE**  
 Verlag Deutsche Polizeiliteratur  
 Preis: 24,90 Euro



Das Lehrbuch ist als Leitfaden für das repressive Eingriffsrecht in Ausbildung und Studium, aber auch für die Polizeipraxis zu empfehlen. In fachwissenschaftlicher und für den Polizeipraktiker ver-



## In der Hitze der Nacht

Oder: „They call me MISTER Tibbs“

ständlicher Sprache führt der Autor in gebotener Kürze und Prägnanz, unter besonderem Fokus auf das Ermittlungsverfahren, in das Strafprozessrecht ein. Grafische Übersichten unterstützen dabei den Verständnisprozess. Die rechtswissenschaftlichen Ausführungen werden dabei auch mit taktischen Empfehlungen (z.B. Polizeibeamte als Zeugen vor Gericht) verwohen.

Den Hauptteil des Lehrbuches machen die strafprozessualen Eingriffsbefugnisse aus. Das für die Prüfung strafprozessualer Grundrechtseingriffe angebotene Prüfschema hält sich im Rahmen der auch an der Fachhochschule der Polizei Brandenburg vertretenen Auffassung.

An einigen wenigen Stellen (z.B. bei der repressiven Zwangsanwendung) bleiben die Betrachtungen – mit Blick auf den Umfang notwendigerweise – oberflächlich, in wenigen Passagen (z.B. Betrachtung der Grundrechtseingriffe) sind durchaus auch andere Auffassungen vertretbar. Dies wirkt in der Gesamtschau jedoch nicht störend, denn die schematischen und mit Definitionen untersetzten Darstellungen, die fast durchgängig um Beispielfälle ergänzt sind, regen zur weiteren Auseinandersetzung mit den jeweiligen Inhalten an. Vertiefungshinweise eröffnen den Weg zur intensiveren Befassung mit Rechtsprechung und Literatur.

Das Lehrbuch ist sehr gut strukturiert. Die übersichtliche Darstellung von Prüfschemata und Definitionen – immer ausgerichtet vor allem an den einzelnen Eingriffsbefugnisnormen – unterstützt das inhaltliche Erschließen der Thematiken. Gerade die Kompaktheit der Ausführungen ist positiv hervorzuheben.

■ KARSTEN SCHIEWE  
FHPOL BB, DOZENT FÜR EINGRIFFSRECHT, STAATS- UND VERFASSUNGSRECHT UND STRAFRECHT



In einer Kleinstadt im Süden Amerikas wird die Leiche eines Industriellen aufgefunden, Mord allem Anschein nach. Erfreulich schnell findet sich auch gleich ein Verdächtiger.

Ein farbiger Reisender, der mit einer größeren Geldsumme im Portemonnaie am Bahnhof auf seinen Anschlusszug wartet. Geld, das er als Farbiger nur vom Mordopfer haben kann. Beweise gibt's zwar nicht, doch warum auch, die Hautfarbe ist in Mississippi aussagekräftig genug.

Dumm nur, dass die Polizei mit diesem Verdächtigen einen hoch dekorierten Kollegen der Mordkommission aus Philadelphia verhaftet. Dessen Vorgesetzte wiederum reagieren so überhaupt nicht erfreut auf den Vorfall. Und der innere Vorbeimarsch fängt für den Zuschauer erst so richtig an, als sich Polizeichef Gillespie (wunderbar grummelig gespielt von Rod Steiger) gezwungen sieht, seinen ehemaligen Verdächtigen Virgil Tibbs um Hilfe in dem Fall zu bitten.

Diese 1967 entstandene Verfilmung des Romans von John Ball gehört zu den Hollywoodstreifen, die mit den üblichen Konventionen brachen, ohne mit dem Mainstream mitschwimmen zu wollen. Ohne große Action aber schonungslos ehrlich, rechnet Regisseur Norman Jewison mit der Scheinheiligkeit und dem

tumben Rassismus ab, der für die Kleinstädte in den Südstaaten schon zum Klischee geworden war und dort ohne Scham offen zur Schau getragen wurde. Dass Chief Gillespie trotz all seiner offensichtlichen Vorurteile dennoch sympathisch überkommt, macht es für den Zuschauer nicht eben leichter.

Fazit:

Filmklassiker wie diesen aus der Versenkung zu holen, ist fast immer lohnenswert. Hier schon allein wegen des bekannten Filmzitates, das problemlos seinen Platz in der Top 200 der berühmtesten Filmzitate verteidigt: „They call me MISTER Tibbs“, zu Deutsch „Man nennt mich MISTER Tibbs“. Gleich nach der Verhaftung des Verdächtigen, amüsieren sich die Deputys hingebungsvoll über dessen Vornamen „Virgil“. Auf die Frage, wie man ihn denn nennt, kontert dieser sehr kurz und sehr kühl „They call me MISTER Tibbs“. Dabei zieht er langsam seine Polizeimarke aus der Tasche. Selten war eine Vorstellung im Polizeigewahrsam unterhaltsamer.

Und wer den Film nicht mag, der stimmige Soundtrack von Quincy Jones mit den Songs des großartigen Ray Charles passt nicht nur bei diesem Wetter.

■ SUSANNE SOMMER,  
ZDPOL, DIREKTIONSBURO



**IN DER HITZE DER NACHT**  
 „In the heat of the night“  
 USA 1967, 109 Min.  
 Regie: Norman Jewison  
 Darsteller: Sidney Poitier,  
 Rod Steiger, Warren Oates,  
 erhältlich auf DVD

Wir alle gucken gerne Filme! Sie auch? Wir finden: Es gibt gute Gründe für die Vorstellung von beeindruckenden, spannenden oder ungewöhnlichen Filmen über die Polizei. Filme über Sie, über Ihre Arbeit und Ihr Leben. Wenn Sie einen solchen Film kennen, vorschlagen oder selbst vorstellen möchten, wenden Sie sich an die info110-Redaktion. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit scharfem Blick erkennen Sie vielleicht den hier abgebildeten Gegenstand. Was könnte es sein? Gehen Sie auf die Suche, am besten gleich in ihrer Dienststelle. Vielleicht werden Sie schnell fündig. Ihren Lösungsvorschlag schicken Sie uns bitte per Brief oder E-Mail an die Redaktion:



Ministerium des Innern  
 Redaktion info110  
 Henning-von-Tresckow-Straße 9-13  
 14467 Potsdam  
 info110@mi.brandenburg.de

Als Preise winken die Bücher aus unserer Buchvorstellung. „Halt, Stehenbleiben! Polizei“ oder die „Steuerfibel für den Polizeibereich“ gehören mit ein wenig Glück bald Ihnen. Einsendeschluss ist der 1. September 2013. Das Los entscheidet. Gewinner des Foto-Rätsels in der letzten Ausgabe waren Jürgen Wildemann, Autobahnpolizeirevier Michendorf, und Dominik Kaufhold vom Krad- und Eskortendienst. Beide erkannten auf dem Bild einen Teil des Stirnpolsters der Uniform-Schirmmütze. Herzlichen Glückwunsch!

### Kreuzworträtsel

deutscher Buchstabe	Kopfskelett	kurz für: zu dem	Bericht, Mitteilung	Lilien-gewächs	heißer, vergnügt	kurz: Amerikaner	Tanzschritt (franz.)	Vorname d. Rennfahrers Ferrari	ugs.: Ärger, Be-drängnis	jüdischer Hohepriester	livrierter Diener
▷	▽	▽		▽	Märchengestalt	▷	▽	▽		▽	▽
Pokal als Sportpreis	▷		Urgrö-mutter	▷		1		franz. Schriftsteller!	▷		
Tonart	▷				Geschichtsforschung	▷			6		
Angeh. e. Kulturband der 60er		Hauptschlagader		Gaststätte				Weltfußballer 2010 (Lionel)	dumme, törichte Handlung		Mix-becher
▷		▽	4	▽							
ital. Tonsilbe	▷		Teil arabischer Namen	fruchtbare Wiese				Stadt am Rhein	Spielkarte		Meerenge der Ostsee
Heidekraut	▷				Schwermetall	▷	kurz für: an das	Türk Fleisch am Spieß	▷		
▷					Öffnung in Schiffen zum Befüllen	▷					5
Vorkriegsgebäude	investieren	▷						Gerät zur Lastenbewegung	▷		
					vereinsamt, allein	▷	3				

Auch hier kann eines der Bücher unserer Buchvorstellung gewonnen werden. Senden Sie dazu das Lösungswort bis zum 1. September 2013 an die Redaktion der info110.

# Querbeet!

## Aktuelle Termine des Landespolizeiorchesters Brandenburg



### August 2013

17.08.2013	13.00 Uhr	Konzert mit der Combo des LPO	Friedland, Spreestraße 17
24.08.2013	17.00 Uhr	Konzert mit der Besetzung „Kleine Blasmusik“ des LPO	Cottbus, Cottbusser Bahn
25.08.2013	14.00 Uhr	Konzert zur „Deutschen Rosenschau 2013“	Forst, Schillerbühne
31.08.2013	14.00 Uhr	Konzert zum Orchesterfestival	Wittstock/Dosse, Festbühne Markplatz

### September 2013

08.09.2013	10.30 Uhr	Konzert des LPO zum Festwochenende „150 Jahre Freiwillige Feuerwehr“	Spremberg, Bahnhofstraße, Freilichtbühne im Stadtpark
13.09.2013	17.30 Uhr	Konzert des LPO	Luckau, Kirchplatz 7, Kirche
14.09.2013	10.00 Uhr	Konzert des LPO zum 10. Brandenburger Dorf- und Erntefest	Kremmen
15.09.2013	18.00 Uhr	„Jon Lord – Das Polizeiorchester rockt!“ mit der Rockband der Universität Potsdam, dem Jugendchor der Singakademie Potsdam und dem LPO	Wilhelm-Staab-Straße 10/11, Nikolaisaal Potsdam
26.09.2013	18.00 Uhr	Benefizkonzert für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	Guben, Alte Färberei
29.09.2013	15.00 Uhr	Kammerkonzertreihe mit kleinen Besetzungen des LPO	Dorfkirche, Petzow

Änderungen vorbehalten!